

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
J. D.: U. Geyer.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SB 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Spedienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 22. Mai 193

Im Auftrag
Soz. Geschichts
Amsterdam

Die Agrarreform in Spanien.

SPD. Madrid, 22. Mai (Eig. Bericht)

Eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Nationalversammlung wird neben der Fertigstellung der neuen spanischen Verfassung die Durchführung der Agrarreform sein. Aber die Landnot ist sehr dringend, und weiteres Abwarten in allen mit der Agrarreform zusammenhängenden Fragen wäre verhängnisvoll. Deshalb ist die "provisorische Regierung" gezwungen, schon jetzt auf dem Wege des Dekretes einige der allerschlimmsten Uebelstände zu beheben. Bald nach dem Umsturz wurde der Anfang damit gemacht, indem man die Vertreibung kleiner Pächter von dem von ihnen bewirtschafteten Grund und Boden verbot. Jetzt erfolgt ein weiterer, vielleicht wesentlich bedeutenderer Schritt mit einem Dekret über die Bildung von Landgenossenschaften aus Landarbeitern. Es gibt in Spanien viel unbebautes Land und sehr viele in der Landwirtschaft erfahrene brotlose Arbeitskräfte. Ganz besonders in Andalusien. Neben der wirtschaftlichen Not, die dort besteht, bilden diese Zustände eine dauernde politische Gefahr für die ruhige Weiterentwicklung der jungen Republik. In Andalusien hat von jeher ein Herd des politischen Radikalismus bestanden, eines Radikalismus, der grossgezogen wurde durch die für den Mitteleuropäer kaum glaubhaften Gegensätze zwischen ungeheurem Reichtum und allerbitterster Armut. Dies jetzt erschienene Dekret, das der sozialistische Arbeitsminister Largo Caballero gemeinsam mit dem Präsidenten der provisorischen Regierung zeichnet, soll mit der wirtschaftlichen Not auch der politischen Gefahr begegnen.

Im Wesentlichen besagt dies für die künftige Entwicklung nicht nur der Agrarfrage sondern der gesamten spanischen Politik äusserst wichtige Dekret das Folgende: Die gesetzmässig gebildeten landwirtschaftlichen Arbeiterverbände haben das Recht, Genossenschaften zu bilden, die Ländereien pachten und bewirtschaften. In erster Linie soll ihnen Grund und Boden zur Verfügung gestellt werden, der den Gemeinden gehört oder dem Staat mangels Testament Verstorbener oder als Zahlung für Steuerschulden zugefallen ist. Sodann freiwillig übergebener Privatbesitz, Ländereien, die vom Besitzer nicht selbst bewirtschaftet werden und deren Pacht nicht erneuert wird. Weitere Paragraphen des Dekretes geben den Arbeitergenossenschaften einen Vorzug gegenüber Einzelpächtern bei dem Abschluss von Pachtverträgen. Dagegen sollen Familien, die mit ihren Kindern ein gewisses Landstück bebauen, auch fernerhin geschützt werden. Die Genossenschaften erhalten das Einsichtsrecht in Pachtverträge, um sich selbst rechtzeitig bei Ablauf anderer Verträge gewisse Ländereien sichern zu können. Im Allgemeinen können die Genossenschaften zu den gleichen Bedingungen in die Pacht eintreten, wie sie gegenüber den früheren Pächtern bestanden. Da die neuen Arbeitergenossen teilweise noch nicht die nötige Erfahrung in der Anlage von Kulturen, im Einkauf von Gerätschaften und im Verkauf ihrer Produkte besitzen, werden ihnen von den staatlichen Stellen die notwendigen Lehrkräfte und Berater zur Verfügung gestellt. Die Genossenschaften geniessen Stempel- und Steuerfreiheit. Das von ihnen benötigte Kapital wird von einer nationalen

Kreditanstalt gegeben werden. Schliesslich trifft das Dekret noch einige Bestimmungen über die Verwendung fremder Arbeitskräfte auf den Genossenschafts-Ländereien. Im Allgemeinen soll die Verwendung bezahlter Arbeiter streng verboten sein. Nur in Notfällen können kurzfristig Ausnahmen gemacht werden. Dagegen sollen Vorkehrungen über die gegenseitige Arbeitshilfe verschiedener Genossenschaften untereinander getroffen werden.

Das Dekret schneidet fast alle bei der Bildung von Genossenschaften auftauchenden Fragen an. Es bildet nur einen Rahmen für unendlich viele Ausführungsbestimmungen, von denen das Gedeihen der neu zu gründenden Genossenschaften abhängen muss. So ist eine der wichtigsten Fragen, die näher beantwortet werden müssen, die nach der Kapitalbeschaffung und der Kontrolle über die Kapitalverwendung. Rumänische und italienische Erfahrungen haben den Verfassern des Dekretes vorgelegen. Man hofft, sie im Wesentlichen auf Spanien anwenden zu können.

Dies Dekret ist vielleicht bestimmt, das ganze Gesicht des spanischen Landes zu ändern. Auf jeden Fall bedeutet es einen ausserordentlich mutigen aber keinesfalls unüberlegten Schritt nach vorwärts. Was Generationen und Jahrhunderte nicht fertig brachten, die Nutzbarmachung der riesigen Landfürstentümer für die arbeitende Masse, soll hier versucht werden. Die Republik arbeitet! Das kann ihr auch ihr ärgster Feind nicht bestreiten. Sie ergeht sich nicht in kleinlichen Erwägungen über Akten und in Streitigkeiten über Pöstchen in Staat und Gemeinde, sondern sie packt die grossen nationalen Probleme an.

SPD. Madrid, 22.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Zivilfliegerei, die bisher dem Ministerpräsidium direkt unterstand, wurde laut Dekret wieder dem Verkehrsministerium unterstellt.

Durch ein Dekret wurden sämtliche Konzessionen aufgehoben, die eine monopolartige Vergebung von freien Autobuslinien in ganz Spanien vorsehen. Die Diktatur hatte seinerzeit durch Einführung einer Art Staatsmonopol für diesen wichtigen Zweig des Touristenverkehrs der Willkür Tür und Tor geöffnet. Durch die neue Verordnung erhofft sich die Regierung eine Belebung des fahrplanlosen Bedarfsautobusverkehrs überall dort, wo keine genügende Bahnverbindung vorhanden ist.

SPD. Stuttgart, 22.Mai (Eig.Drahtb.)

Ueber die unverschämten Provokationen, die sich die Nationalsozialisten unter wohlwollender Duldung durch die Polizei am Dienstag abend in der Stuttgarter Arbeitervorstadt Heslach geleistet haben, werden noch folgende Einzelheiten berichtet:

Etwa 200 uniformierte Braunhemden zogen in geschlossenem Zuge unter Mitführung von Stahlruten, Totschlägern, Stöcken und Gummiknüppeln aus dem Stadtinnern hinaus in die Vorstadt. Dabei wurden sie von fünf Ueberfallzügen der Polizei, einem Sanitätsauto, einigen Motorradpatrouillen und einem Staatsauto, zusammen ebenfalls etwa 200 Mann, begleitet. Die Polizei muss sich also von der im Naziorgan in anmassendstem Tone angekündigten Exkursion der Braunhemden schon im voraus nichts Gutes versprochen haben, und es ist daher umso erstaunlicher, dass sie den ganzen Aufmarsch nicht einfach verboten hat, wozu sie ja berechtigt gewesen wäre. Schon bei der Matthäuskirche kam es zu Zusammenstössen mit Strassenpassanten, wobei ein Hakenkreuzler auf einen Zivilisten mit dem Messer einstach. Die Polizei schlug nun mit dem Gummiknüppel auf Beteiligte und Unbeteiligte ein. Von diesem Augenblick an kam Heslach zwei Stunden lang nicht mehr zur Ruhe. Es gab kaum eine Strasse mehr, in der die Polizei nicht ausschwärmt. Bevor noch der Haupthafen in der Äusseren Möhringerstrasse ankam, hatte hier ein einzelner Nationalsozialist zu einer Schuss-

waffe gegriffen, mit der er das Publikum bedrohte. Auf dem Ochsenplatz wollte einer der rauhen Kämpfer eine Rede halten. Wegen der drohenden Haltung der Bevölkerung konnte die Polizei dies jedoch nicht gestatten. Also marschierten die Nazis mit ihrem Tross wieder Stuttgart zu. Sie trugen dabei offen ihre Schlagwerkzeuge zur Schau, weil es für sie eine Notverordnung anscheinend nicht gibt. Die Polizei stellte ein paar der grössten Waffenverstösse fest und nahm die Nazistrolche auf ihre Wagen. Aber sonst war die Polizei eifrig dabei, aus der von dem Naziaufmarsch bedrohten Gegend die Bevölkerung zurück-zuhauen und den Nazis eine Gasse zu schaffen.

Das in seinem Wohnbezirk herumgejagte Publikum kam ob eines solchen Ver-fahrens in eine wilde Empörung hinein. Zwei Stunden lang waren die Strassen von Heslach für unpolitische Passanten einfach nicht mehr passierbar. Jeder normale Verkehr war unterbunden, die Bevölkerung in hellster Aufregung und Empörung. Und das alles, weil man das unerhört provozierende Auftreten einer nationalsozialistischen Schlägerbande nicht nur geduldet, sondern auch noch geschützt hatte. Tausende hatten sich zum Protest gegen die Nazifrechheiten auf den Strassen versammelt. Die braune Horde zog dann, wie sie gekommen, von den Pfuirufen der Bevölkerung begleitet, wieder in die innere Stadt zurück.

Aber wie sah es im Publikum aus? Ueberall blutige Köpfe, teils von den Nazibanden, teils von den Misshandlungen durch Polizeiorgane herrührend. In grosser Unordnung, rechts und links das Publikum belästigend, erreichten die Braunen wieder die Matthäuskirche. Hier kam das Tollste des Abends. Der Nazi-redner stellte sich in die Nische der Kirchentür hinein und hielt von hier aus eine unerhörte Brandrede, in der er den Staat beschimpfte und unter den Augen der versammelten Polizei in den Dreck zog. Gegenüber diesem Treiben hat das Verhalten der Polizei weithin zu Kritik Anlass gegeben. An diesem Abend hat sie in einer Weise versagt, wie es die schlimmsten Pessimisten kaum für mög-lich gehalten hätten.

SPD. Das Kapitel von der Hakenkreuzjustiz wird immer beängstigender. Wir erfahren folgenden Fall aus Gelsenkirchen: Im Januar 1931 drang ein unifor-mierter Nationalsozialist mit dem Hakenkreuzabzeichen in die Verteilungsstelle 63 des Konsumvereins "Wohlfahrt" in Wanne-Eickel ein, der das Verteilungs-stellenpersonal und die anwesenden Mitglieder in rüpelhafter Weise belästigte und eine Agitationsrede für das dritte Reich hielt. Trotz Wiederholung der Auf-forderung, den Laden zu verlassen, kam er dieser nicht nach und betonte immer wieder, dass im dritten Reich alles ganz anders kommen werde. Nachdem auch einige anwesende Mitglieder das Personal unterstützten, verliess der rauhe Kämpfer den Laden, jedoch nicht ohne eine Dose Fischkonserven, die er sich unter die Uniformjoppe steckte; der Diebstahl war von einem anwesenden Mit-glied bemerkt worden. Die Leiterin nahm sofort mit einem Polizeibeamten die Verfolgung des Spitzbuben auf und stellte ihn, wobei er dann dem Beamten ge-genüber in der frechsten Weise den Diebstahl bestritt, bis ihm bei der Aus-einandersetzung die Marinadendose unter dem Rock hervorrutschte und auf die Strasse fiel. Er wurde über Nacht auf der Wache festgehalten und einige Tage später erstattete die Konsumgenossenschaft Strafanzeige wegen Diebstahls. Das Ergebnis des Strafverfahrens geht aus dem folgenden Schreiben hervor:

"Das Amtsgericht.

15 C. 106/31.

Gelsenkirchen, den 16. April 1931.

Strafsache gegen Stein wegen Diebstahls.

Der Wilh. Stein in Wanne-Eickel, Moltkestrasse 69, ist durch Strafbefehl des Amtsgerichts in Gelsenkirchen vom 20. Februar 1931 zu einer Geldstrafe von 3 Mark, ersatzweise zu einem Tag Gefängnis, rechtskräftig verurteilt worden.

An den

Auf Anordnung:

Konsumverein "Wohlfahrt"

gez.: Unterschrift, Kanzlei-Inspektor als

in Bochum, Königsallee 178.

Beamter d. Geschäftsstelle d. Amtsgerichts."

* Das ist keine Strafe, sondern eine Anreizprämie für "rauhe Kämpfer".

SPD. Das Schreiben des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an den Reichskanzler Dr. Brüning wegen der Ermässigung der Brotpreise hat folgenden Wortlaut:

"Seit wir mit unserem Schreiben vom 22. April Ihre Aufmerksamkeit auf die Welle der Brotpreiserhöhungen gelenkt und Massnahmen der Reichsregierung auf Grund der Bestimmungen des Zollgesetzes vom März 1931 gefordert haben, ist die Aufwärtsbewegung der Brotpreise an vielen Orten weiter fortgeschritten. Weder die auf ein Kontingent beschränkte Herabsetzung des Weizenzolls, noch die im einzelnen mit Mühlen und Bäckern geführten Verhandlungen haben bisher die in Aussicht gestellte und vom Gesetz vorgeschriebene Herabsetzung der Brotpreise auf den durchschnittlichen Stand, der Monate von Oktober bis März, bewirken können.

Angesichts der auch in den Sommermonaten kaum verringerten Massenarbeitslosigkeit und der ständigen Herabdrückung der Einkommen der breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung halten wir eine längere Verzögerung der Brotpreissenkung für unerträglich. Wir sind der Meinung, dass es der Reichsregierung an der Macht, die Voraussetzungen für eine allgemeine Senkung der erhöhten Brotpreise zu schaffen, nicht fehlt, dass sie aber dieses Ziel am raschesten und wirksamsten auf dem Wege der allgemeinen Herabsetzung der Zölle für Brotgetreide und für die mit dem Roggenverbrauch konkurrierenden Futtermittel erreichen kann.

Wir machen die Reichsregierung erneut auf die schwere Beunruhigung aufmerksam, die die Nichterfüllung der Verpflichtungen der Regierung auf dem Gebiete der Brotpreissenkung in der Bevölkerung verursacht, und wir müssen mit allem Nachdruck die sofortige Durchführung der zur Brotpreissenkung erforderlichen Massnahmen, insbesondere der Zollherabsetzungen von der Reichsregierung fordern."

SPD. Das Berliner Kammergericht hat die Beschwerde der Staatsanwaltschaft gegen die Haftentlassung des Maurerlehrlings Kollatz abgelehnt. Kollatz bleibt auf freiem Fusse. Er war an dem Mord an den beiden Sozialdemokraten Graf und Schneider in der Sylvesternacht in der Hufelandstrasse in Berlin beteiligt. Seine Komplizen wurden mit Hilfe der SA-Leitung ins Ausland gebracht, Kollatz selbst auf der Flucht an der Grenze ergriffen. Kollatz behauptet, er sei nur als Zuschauer bei der Tat zugegen gewesen. Das Kammergericht hat dennoch angenommen, dass - ein Fluchtverdacht nicht mehr bestehe!

SPD. Liegnitz, 22.Mai (Eig.Drahtb.)

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit verhandelte das Erweiterte Liegnitzer Schöffengericht am Freitag in vierstündiger Sitzung gegen fünf frühere Feldwebel wegen Misshandlung von Liegnitzer Reichswehrsoldaten in zahlreichen Fällen, Missbrauch der Dienstgewalt usw. Die Vorfälle spielten sich bereits in den Jahren 1925 und 1926 in Liegnitz bzw. in Berlin, wohin die Truppe abkommandiert war, ab. Da infolge der Länge der verfloßenen Zeit die Aussagen der als Zeugen vernommenen Soldaten offenbar nicht mehr allzu bestimmt waren, wurden vier der Angeklagten freigesprochen, da es sich nach Ansicht des Gerichts teilweise um Grenzfälle handeln sollte. Der ehemalige Unterfeldwebel Willi Schinke erhielt wegen Misshandlung eines Untergebenen 1 Woche 1 Tag verschärften Arrest.

SPD. Die Dresdner kommunistische Arbeiterstimme verleumdet wieder einmal die Gewerkschaften und die Partei. Der Umstand, dass die Dresdner Volkshaus G.m.b.H. im Interesse der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung eine Neuordnung in ihrem Betriebe vornahm, dient ihr dazu, ihre Schmutzkübel auszuschütten. Die Dresdner Volkshaus G.m.b.H. hat eine Umstellung in der Geschäftsführung vorgenommen, wonach die jetzigen Geschäftsführer Richter und Bergmann mit dem 31.Dezember 1931 aus ihren Stellungen ausscheiden. Diese Massnahme ist notwendig geworden, weil infolge der langanhaltenden Wirtschaftskrise auch die Dresdner Volkshausbetriebe Einschränkungen aller Art machen müssen. Die Veränderungen in der Geschäftsführung sind diktiert von Verantwortungsgefühl und Pflichtbewusstsein. Die kommunistische Arbeiterstimme ergeht sich nun aus diesem Anlass in allerhand Verdächtigungen und Verleumdungen. Sie behauptet, dass bei der Dresdner Volkshaus G.m.b.H. ein Fehlbetrag von 72 000 Mark vorhanden sei und erhebt dabei verschleiert den Vorwurf der Veruntreuung. Dem gegenüber sei hier nachdrücklich festgestellt, dass keine anderen, als die hier angegebenen Gründe zur Entlassung der beiden Geschäftsführer vorhanden waren und dass insbesondere ehrenrührige Handlungen irgendwelcher Art nicht vorliegen.

SPD. Stuttgart, 22.Mai (Eig.Drahtb.)

Das württembergische Innenministerium hat mit sofortiger Wirkung aufgrund des Artikels 123, Absatz 2 der Reichsverfassung in Verbindung mit der Notverordnung des Reichspräsidenten wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit bis zum 30.September 1931 für Württemberg alle politischen Versammlungen unter freiem Himmel einschliesslich der Aufzüge und Propagandafahrten verboten. Unter Propagandafahrten fallen nicht nur Fahrten mit Lastwagen, sondern auch solche mit anderen Verkehrsmitteln.

Diese Verfügung ist offensichtlich unter dem Eindruck der Ausschreitungen

ergangen, die am Donnerstag-Abend in Stuttgart aufgrund nationalsozialistischer Provokationen vorkamen, und bei denen die Polizei so schmächtig versagte und sich als unfähig erwies, Zusammenstöße durch geeignete vorbeugende Massnahmen zu verhüten.

SPD. Rom, 22.Mai (Eig.Drahtb.)

Das vatikanische Organ, der "Osservatore Romano" veröffentlicht viele Einzelheiten über die Verfolgungen und faschistischen Gewalttaten, die der katholische Studentenverband in Italien zu erleiden hat. Der Papst liess sich bei einem Empfang der Studenten-Vertreter jede Einzelheit genau schildern. Er sagt Worte starker Empörung dagegen, versprach energische Schritte zu unternehmen, verlangte, dass jeder einzelne Fall ihm sofort gemeldet wird. Jeder Fall dieser Barbarei müsse auch in die Presse der ganzen Welt kommen. Man müsse diese faschistischen Gewalttaten vor der ganzen Welt anklagen. In Parma wurde das Haus der katholischen Studentenschaft zerstört, in Turin, in Modena, in der Provinz Romagna hatten die Katholiken feindselige Demonstrationen mit gefährlichen Drohungen zu erleiden, und so fort. Jeder Student, der dem katholischen Verband angehört, wird aus der staatlich genehmigten, also faschistischen Studentenschaft ausgestossen. Das ist nur ein Kapitel des unterirdisch fortgehenden Kampfes zwischen katholischen Verbänden und faschistischen. Auf der Generalversammlung des katholischen Volksverbands, der "Azione Cattolica", wurde der energische Kampf- und Tatwille dieser gerade in Italien wichtigen Vereinigung betont. Die "unbedingte Scheidung der Geister", d.h. zwischen katholischem Volksverband und Faschismus, wurde vom Präsidenten in schärfsten Worten gefordert.

SPD. Rom, 22.Mai (Eig.Drahtb.)

Die römische Zentrale des Jesuitenordens dementiert die in verschiedenen Zeitungen aufgetauchte Nachricht, dass die Jesuiten Spanien verlassen müssten.

SPD. Der Ausschuss zur wirtschaftlichen Förderung der geistigen Arbeit, der vom Vorläufigen Reichswirtschaftsrat eingesetzt worden ist, hat sich in seiner letzten Sitzung mit Fragen des Urheberrechts beschäftigt. Aus den Kreisen der Wissenschaft und des Schrifttums liegen berechnete Klagen darüber vor, dass hinsichtlich des bei den bisherigen Verhandlungen mit den Vertretern der Sowjetregierung in aussicht gestellten Schutzes des Urheberrechts noch immer keine Vereinbarungen getroffen seien, obwohl durch den in Russland in immer stärkerem Umfange zunehmenden ungeschützten Nachdruck deutscher wissenschaftlicher und schöngeistiger Werke und Aufsätze den deutschen Autoren sehr empfindliche wirtschaftliche Nachteile erwachsen. Zu den Anfang Juni in Moskau beginnenden Verhandlungen wird seitens der Vertreter der deutschen Regierung mit allem Nachdruck eine befriedigende Regelung angestrebt werden. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde von einem Regierungsvertreter über den augenblicklichen Stand der Reform des Urheberrechts berichtet. Der Ausschuss empfahl, bei dem von der Regierung ausgearbeiteten Entwurf die Stellungnahme des Reichswirtschaftsrates zu berücksichtigen, wonach die ausschliesslichen Befugnisse des Urhebers nur insoweit übertragbar sind, als der Erwerber die ihm übertragenen einzelnen Befugnisse nach der Art seines Geschäftsbetriebes und durch die von ihm getroffenen Einrichtungen und Vorkehrungen selbst und unmittelbar zu verwerten in der Lage ist.

SPD. Köln, 22.Mai (Eig.Drahtb.)

Im Staatenhaus in den Kölner Messeanlagen wurde am Freitag-Mittag die Ausstellung "Das Kind" vom preussischen Wohlfahrtsminister Hirtsiefer eröffnet. Die Ausstellung ist eine umfassende Schau über alle Gebiete der Pflege und Erziehung des Kindes von der Geburt bis zum Eintritt in das Erwerbsleben. Besondere Aufmerksamkeit findet die Ausstellung der Reichsarbeitsgemeinschaft der sozialistischen Kinderfreunde.

SPD. Bonn, 22.Mai (Eig.Drahtb.)

Das erweiterte Schöffengericht verhandelte gegen 13 Angeklagte aus Bonn, Köln und verschiedenen Orten an der Mosel wegen Vergehens gegen das Branntweinmonopolgesetz. Gegen drei Angeklagte wurden Gefängnisstrafen von einem bis sieben Monaten verhängt. Diese drei Angeklagte und weitere sechs erhielten insgesamt 230 445 Mark Geldstrafe und weitere 29 567 Mark Wertersatzstrafe. Bei vier Angeklagten erkannte das Gericht auf Freisprechung.

SPD. Koblenz, 22.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die nationalsozialistische nieder-rheinische Tageszeitung in Geldern wegen Beschimpfung der republikanischen Staatsform auf die Dauer von vier Wochen, und zwar vom 22.Mai bis 18.Juni verboten. Die Zeitung war erst vor kurzem zweimal verboten worden.

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat an den Reichskanzler einen ernstesten Brief über die Brotpreisfrage gerichtet. Diese Mahnung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Fraktion an die Reichsregierung war notwendig, weil bisher versäumt worden ist, wirklich durchgreifende Massnahmen anzuwenden, um den seit vier Wochen und mehr in der überwiegenden Mehrzahl der grossen Städte erhöhten Brotpreis wieder auf den alten Stand zu senken. Das Reichsernährungsministerium hat sich offensichtlich über das Gesetz, das ihm einer Brotpreissteigerung vorzubeugen vorschreibt, hinweggesetzt und es an Energie im Brotpreiskampf fehlen lassen. Es hat lediglich völlig unzulängliche Vorschläge gemacht, die zu keinem Resultat führen konnten. Wäre das Reichsernährungsministerium den schon seit Wochen geäusserten Vorschlägen der Sozialdemokratie gefolgt, so wäre die Brotteuerungswelle schon längst gebrochen und die berechtigte Aufregung aller Verbraucherkreise über die Nichteinhaltung der Brotpreisklausel wäre unnötig gewesen. Jetzt kann nur die Forderung des Vorstandes der Reichstagsfraktion helfen. Es muss eine Senkung der Futtergetreidezölle vorgenommen werden, um die Einfuhr an Gerste zu erleichtern. Nur durch eine Verbilligung des Futtergetreides ist es möglich, dass die noch bei den Landwirten lagernden Vorräte an Roggen nicht verfüttert, sondern an die Mühlen verteilt werden. Ausserdem ist aber auch die Senkung des Roggenzolls notwendig; denn bei der auch dem Reichsernährungsministerium bekannten, wenn auch offen nicht zugegebenen Knappheit der Roggenvorräte ist damit zu rechnen, dass, je mehr die Vorräte abnehmen, die Roggenpreise steigen. Die Landwirtschaft wird also, wenn der Roggenzoll nicht gesenkt wird, mit dem Verkauf des Roggens warten, um möglichst hohe Preise erzielen zu können. Aus diesem Grunde muss daher bis zur neuen Ernte die Preisentwicklung auf dem Roggenmarkt abwärts gerichtet sein, um möglichst bald alle Vorräte, die noch bei der Landwirtschaft lagern, auf den Markt gelangen zu lassen. Das kann nicht allein durch die Abgabe verbilligten Regierungsroggens an die Mühlen in den einzelnen Städten erzielt werden, sondern nur durch eine Senkung des Roggenzollens.

Deutschlands Antrag auf Abschluss einer besonderen Zivilluftfahrkonvention drang in der Freitag-Sitzung des Völkerbundsrates nur teilweise durch, während es endlich gelang, Litauen in den Fragen des Memellandes unter den Einfluss des Völkerbundes zu bringen. Die Danziger Fragen wurden mit Ausnahme der schweren Panne für den deutschnationalen Senat sämtlich zufriedenstellend für Danzig erledigt.

Zu Beginn der Ratstagung wurde der deutsche Antrag behandelt, eine besondere Konvention über die Veröffentlichung der zivilen Luftfahrt abzuschließen mit dem Zweck, die zivile Luftfahrt aus den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz herauszulassen. Der Rat nahm den Bericht von Lerroux-Spanien an, wonach die Transit-Abteilung des Völkerbundes eine Umfrage bei allen Regierungen veranstalten soll über den Stand der Veröffentlichungen über die zivile Luftfahrt in den Ländern selbst, durch zweiseitige oder mehrseitige Abkommen. Ueber das Ergebnis soll der Abrüstungskonferenz ein Bericht vorgelegt werden.

Die Finanzfragen des Memelgebietes werden durch Uebereinkommen mit Litauen unter Aufsicht von Sachverständigen des Völkerbundes geregelt werden. Die Frage des Kriegszustandes und der Gerichtshoheit in Memel gehen an den Haager Gerichtshof. Curtius sprach dazu die Hoffnung aus, dass auch alle die anderen schwebenden Schwierigkeiten unter Mithilfe des Völkerbundes in gemeinsamer Verständigung geregelt würden. Damit ist erreicht, dass Litauen, das sich seither jeder Einflussnahme des Völkerbundes zu entziehen wusste, endlich in eine gewisse Abhängigkeit gegenüber den Bestimmungen des Völkerbundes für das Memelland gekommen ist.

Henderson berichtete über die Danzig-polnischen Beziehungen unter Zugrundelegung des Berichtes des hohen Kommissars Grawina. Wie erinnerlich werden darin diese Beziehungen als sehr unerwünscht bezeichnet, seit die extremen Parteien von rechts und links bei den letzten Wahlen grosse Fortschritte gemacht hätten. Die Krise betreffe nicht den Völkerbund. Sie sei nur eine Sache zwischen Danzig und Polen. Von der Bestimmung des Status, polnische Truppen zur Sicherung der Ordnung nach Danzig einrücken zu lassen, dürfe kein Gebrauch gemacht werden. Die Massnahmen Danzigs seien zufriedenstellend gewesen. Auf beiden Seiten müsse die schädliche Agitation unterbleiben. Alle Verhandlungen sollten immer nur durch Vermittlung des hohen Kommissars erfolgen. Besonders müssten sämtliche Reibereien Polens gegen die garantierte Selbständigkeit Danzigs schwer verurteilt werden. Zaleski begnügte sich mit dem Zweifel an der Wirksamkeit der vorgeschlagenen Massnahmen und sprach dem hohen Kommissar seinen Dank aus. Senatspräsident Ziehm verzichtete ebenfalls auf eine Bemerkung, da ihm Zaleski seinen Verzicht schon vorher mitgeteilt habe. Er behielt sich vor, dem hohen Kommissar später seine Bemerkungen zu machen und sprach ihm sein volles Vertrauen aus. Grawina sprach die Hoffnung auf Besserung durch beiderseitigen ernstesten Willen aus und dankte dem Rat und den Parteien für ihr Vertrauen. Ueberflüssigerweise betonte Herr Poncet, der als Vertreter Frankreichs an Briands Platze sass, dass Frankreich die Autorität des hohen Kommissars immer intakt halten werde. Abschliessend warnte Henderson vor neuen nationalistischen Treibereien in Danzig und riet dem Danziger Senat im Interesse der Stadt, wirksame Massnahmen zur Unterbindung von Unruhen zu treffen. Als Ratspräsident schloss Curtius diese Verhandlung mit dem Dank an Grawina und der Aufforderung an beide Parteien, für Wahrung des Friedens zu sorgen.

Zu dem alten Streit über die Gleichberechtigung polnischer Staatsbürger mit denen Danzigs in der freien Stadt nahm der Rat den Vorschlag Hendersons an wonach unter Beachtung der Darlegungen beider Parteien der Staatsgerichtshof eine Entscheidung treffen soll über zwei Fragen. 1. Muss die Behandlung von Polen in Danzig allein nach dem Versailler Vertrag und dem Danzig-polnischen Abkommen entschieden werden oder nach der Verfassung Danzigs? 2. Wie ist die authentische Auslegung der einschlägigen Bestimmungen des Versailler Vertrages und des Danzig-polnischen Abkommens und ihre Rückwirkung auf die Danziger

Verfassung?

- In geheimer Ratssitzung wurde zum Kommandanten des Danziger Hafens der Schweizer Dr. Benziger gewählt, bisher Direktor des Konsulatsdienstes in der politischen Abteilung der Eidgenössischen Bundesregierung in Bern.

SPD, München, 22. Mai (Eig. Drahtber.)

In das vornehmste Hotel Augsburg, das "Palasthotel drei Mohren" hatten die Nazis die prominenten Leute der Augsburger Wirtschafts- und Geschäftswelt zu einer Besprechung für den 21. Mai eingeladen. Die Einladung war im besonderen mit dem Hinweis begründet, dass sich in allernächster Zeit das deutsche Schicksal entscheiden werde. Den nicht sehr zahlreich Erschienenen hielt der Zinsbrecher Feder einen Vortrag, in dem er folgendes ausführte:

Die Nationalsozialisten würden in nächster Zeit unbedingt zur Herrschaft kommen, und dann würde eine neue Ordnung der Wirtschaft eingeführt. In dieser neuen, nationalsozialistischen Wirtschaft gäbe es wohl ein Privatvermögen, aber keine Schiebergewinne. Von einer Sozialisierung könne keine Rede sein; man wolle nur die Wirtschafts-, Verkehrs- und Verbrauchsbetriebe verstaatlichen, aber alles, was durch schöpferische Arbeit geschafft wird, bleibt Privateigentum. Die jetzt bestehende Wirtschaft müsse quer geteilt werden, wobei die Freien Gewerkschaften zugrunde gehen müssten. Im Dritten Reich gelte nur die Persönlichkeit. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssten in ein näheres persönliches Verhältnis gebracht werden, wogegen der von den Sozialdemokraten künstlich geschürte Klassenkampf beseitigt werde. Die in Aussicht genommene Arbeitsdienstpflicht gäbe allerdings nur etwa 500 000 Arbeitern Beschäftigung. Es komme aber hinzu, dass etwa 1 Million Leute mit Häuser-Reparaturen beschäftigt würden, denn im Dritten Reich bekommen nur solche Hausbesitzer von den Mietern Zins, die ihre Reparaturenrechnungen vorlegen. Ausserdem werde der Import stark gedrosselt. Schon jetzt wirkten die Nazis in diesem Sinne. Das Auftreten der SA-Leute z.B. hätte genügt, dass viele Deutsche aus Angst, von den Hitlerleuten unsanft aus den Polsterkissen ausländischer Autos geholt zu werden, vom Ankauf eines ausländischer Autos Abstand genommen hätten. Die deutsche Autoindustrie hätte deshalb Hitler aufgesucht, um ihm für diese Hilfe des deutschen Automarktes zu danken.

Am Schluss seines Vortrages wies Feder nochmals besonders darauf hin, dass die Nationalsozialisten noch in diesem Jahr die Zinsknechtschaft brechen und für 10 Millionen Leute Arbeit schaffen würden. Der Tag sei nicht mehr ferne, an dem Brüning mit seinen Notverordnungen machtlos dastehe.

SPD, Duisburg, 22. Mai (Eig. Drahtber.)

In der Hindenburgstrasse wurde ein Geldbriefträger, als er eine Nachfrage von 2 Mark von einem vor 14 Tagen eingezogenen Zimmermieter einkassieren wollte, von diesem und einem Helfer überfallen. Mit einem mit Sand gefüllten Strumpf erhielt er einen schweren Schlag über den Kopf, der ihn jedoch nur für kurze Zeit betäubte. Auf seine Gegenwehr ergriffen die Täter die Flucht. Der Geldbriefträger rannte hinterher, alarmierte das Marktpublikum am Hindenburgplatz und kurze Zeit darauf konnten beide Täter verhaftet werden, der eine auf der Strasse, der zweite auf dem Dache eines Hauses. Beide gaben an, den Ueberfall schon vor 14 Tagen geplant zu haben.

SPD. Paris, 22.Mai (Eig.Drahtb.)

Angesichts der Rückkehr Briands nach Paris beschäftigt sich die französische Presse eingehend mit der Frage, ob der Aussenminister seine Demission aufrechterhalten wird oder nicht. Bei Briand selbst scheint sich während seines Genfer Aufenthalts eine gewisse Sinnesänderung vollzogen haben. Während er vor Antritt seiner Reise fest entschlossen war, sein Amt niederzulegen, soll ihn die Aufnahme, die er im Völkerbundsrat und im Europa-Ausschuss gefunden hat, und der Sieg der französischen These in bezug auf die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Europas davon überzeugt haben, dass seine internationale Autorität und sein Ansehen nicht gelitten haben, und dass daher seinem Verbleiben im Aussenministerium nichts im Wege steht. Dazu kommt noch, dass, wie der "Paris Midi" mitteilt, die Regierung und der neue Präsident Doumer ihm telegraphisch die dringende Bitte nach Genf übermittelt haben, auf seinen Rücktritt zu verzichten. In Regierungskreisen wird daher, wie dieselbe Zeitung aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, stark damit gerechnet, dass Briand seinen Posten beibehält.

Die Gründe, die vor allem die nationalistischen Mitglieder des Kabinetts dazu veranlasst haben, für Briand einzutreten, sind verschiedener Art. Einmal scheint dem Kabinett daran gelegen zu sein, dem Ausland durch den Verbleib Briands im Aussenministerium zu beweisen, dass trotz der Präsidentenwahl die französische Aussenpolitik keiner Änderung unterworfen werden soll. Dann solle verschiedene Kabinettsmitglieder und auch eine grosse Zahl von Parlamentariern die Meinung vertreten, dass es besser sei Briand innerhalb des Kabinetts, d.h. unter ihrer Kontrolle, als ausserhalb des Kabinetts und gegen sich zu haben.

Die reaktionäre Presse ist mit dieser Wandlung der Dinge natürlich nicht einverstanden und protestiert bereits gegen ein eventuelles Verbleiben Briands im Aussenministerium. Der nationalistische Abg. Taittinger schreibt in der "Paris Nouvelle", die Erfolge Briands in Genf seien sehr mager. Das deutsch-österreichische Zollprojekt hätte nicht erst an den Internationalen Gerichtshof überwiesen werden dürfen, sondern Briand hätte es gemäss dem ihm von der Kammer erteilten Auftrag sofort als eine Verletzung der Verträge und Abkommen verurteilen lassen müssen. Der "Intransigeant" erklärt dazu, die Lage Briands sei nach dem Votum der Nationalversammlung nicht mehr dieselbe. Das Votum bedeute, dass die Politik der einseitigen Zugeständnisse jetzt vorüber sei. In den Augen vieler habe Briand für immer sein Ansehen verloren, das bisher als unverletzlich gehalten worden sei. Es sei daher fraglich, ob das Parlament mit dem Verbleiben Briands im Aussenministerium einverstanden sein werde.

SPD. München, 22.Mai (Eig.Drahtb.)

Seit Herbst vorigen Jahres weiss die Öffentlichkeit von unsauberen Vorgängen bei der angeblichen Sanierung der bauernbündlerischen Genossenschaft "Bezugsvereinigung bayerischer Landwirte in Regensburg". Es handelt sich um 180 000 Mark, die auf Betreiben des Reichstagsabgeordneten Gandorfer der bayerischen Landwirtschaft Minister Dr. Fehr im April 1930 dem Vorsitzenden der Genossenschaft, die längst im Konkursverfahren verkracht war, aus dem genossenschaftlichen Rationalisierungsfonds des Reiches vermittelt hat. Die Korruption wird darin erblickt, dass Minister Dr. Fehr seinen Parteifreunden die Gelder zugeschanzt hat, ohne dass die gesetzlichen Bedingungen für eine solche Hilfe gegeben und erfüllt waren. Insbesondere waren die Mitglieder der Genossenschaft (es handelt sich nur um einige Dutzend) nicht unverschuldet in Not geraten, da der Zusammenbruch der Genossenschaft im wesentlichen durch die unglaubliche Misswirtschaft und Schlamperei in der Geschäftsführung durch den Vorstand verschuldet war. Diesen Tathestand hat der Minister Dr. Fehr überhaupt nicht geprüft, jedenfalls nicht, bevor er die von der Preussenkasse erwirkten Sanierungsgelder verteilte. Dazu kommt noch, dass er das Geld nur dem Vorsitzen-

den der ehemaligen Genossenschaft gab und ihm die Unterverteilung überliess, was dazu führte, dass dieser Vertrauensmann des Ministers, ein Brauereibesitzer, den Hauptanteil aus diesem Geld für seinen eigenen Bedarf verwandte. Auch der Reichstagsabgeordnete Gandorfer erhielt 3 000 Mark mehr, als er nachweislich Schaden hatte.

Diese trübe Affäre wurde am Freitag im Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtages verhandelt. Die Dinge sind erst in Fluss gekommen, nachdem im Juli vorigen Jahres der Bauernbund aus der Koalition und Minister Frick aus der Regierung ausgetreten waren. Dadurch, dass der Innenminister der Bayerischen Volkspartei das Landwirtschaftsministerium vertretungsweise übernahm, wurde der Akteninhalt dieser Sanierung massgebenden Persönlichkeiten des Christliche Bauernvereins bekannt, die seither fortgesetzt auf Klärung der Angelegenheit drängten. Schliesslich wurde ein Staatsrat mit der Untersuchung der Angelegenheit betraut, der dem Landtag nun einen ausführlichen Bericht über die ganze Aktenlage gab. Die Untersuchung ist aber noch nicht abgeschlossen. Vor allem muss der frühere Minister Fehr selbst noch gehört werden. Ausserdem werden die Akten dem Justizministerium zur strafrechtlichen Würdigung ausgehändigt.

Die Angelegenheit hat auch insofern politische Bedeutung über die bayerischen Grenzen hinaus, als der ausgesprochene Verdacht nicht von der Hauszuweisen ist, dass diese Sanierungsgelder im April vorigen Jahres an die Gandorfer-Gruppe deshalb gegeben wurden, um sie bei der Abstimmung im Reichstag über die Erhöhung der Biersteuer für die Regierung zu gewinnen. Die Bauernbündlerische Gruppe im Reichstag hat damals tatsächlich ihre Opposition begraben und nach der Abstimmung erfolgte die Auszahlung der Gelder. Es wird deshalb auch davon gesprochen, den Präsidenten der Preussenkasse, Klepper in der ganzen Angelegenheit zu hören.

SPD. London, 22. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Konferenz der Weizen ausführenden Länder, über deren Zusammentritt und Aufgabenkreis wir berichtet haben, ist in eine Krise eingetreten, die durch die Haltung der russischen Delegation hervorgerufen wurde und vielleicht zum Zusammenbruch der Konferenz führen wird. Die Vollversammlung, die am Freitag über die russischen Forderungen entscheiden sollte, ist auf Sonnabend vertagt worden. Die Konferenz hatte sich bereits auf das Prinzip der Ausfuhrquoten geeinigt, auch Russland hatte sich damit einverstanden erklärt. Es verlangte jedoch einmal die Festsetzung seiner Quote nach der durchschnittlichen Jahresausfuhr der letzten fünf Jahre vor dem Kriege, was eine sehr hohe Quote bedeuten würde, da die während des Krieges und vor allem während der russischen Revolution ausgefallene russische Ausfuhr mittlerweile von den anderen Weizen erzeugenden Ländern übernommen worden ist, und überhaupt seit dem Kriege der Weltkonsum von Weizen sich infolge des stärkeren Verbrauchs von Gemüse und Obst verringert hat. Ausserdem aber fordern die Russen als Gegengabe für die Annahme einer Quote Kredite für die infolge einer solchen Ausfuhrbeschränkung in Russland zurückbleibenden Vorräte mit der Begründung, dass die internationale Bankwelt Russland boykottiere und Russland zur Besserung seiner Zahlungsbilanz der Weizenausfuhr unbedingt bedürfe. Eine Festsetzung der Minimalpreise für Weizen lehnt Russland glatt ab.

SPD. Bochum, 22. Mai (Eig. Drahtb.)

Nach dem Bericht des Landesarbeitsamts Westfalen ist die Entlastung des Arbeitsmarkts im Ruhrgebiet seit dem winterlichen Höchststand der Arbeitslosigkeit rein saisonmässig. Die Depression in der Schwerindustrie hält mit unverminderter Stärke an. Im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau erfolgten weitere Belegschaftsabbau-massnahmen. Ende April waren nur noch

260 700 Mann oder 69 Prozent der im Durchschnitt des Jahres 1929 Beschäftigten in Arbeit. Trotz der grossen Entlassungen und trotz eines arbeitstäglichen Durchschnitts von rund 40 000 Feierschichten in den letzten Monaten sind die Kohlenbestände auf fast 12 Millionen Tonnen angewachsen, sodass selbst bei einer Besserung der Wirtschaftslage der Bedarf an neuen Arbeitskräften nur ausserordentlich langsam einsetzen kann. Der Verlust an Arbeitsplätzen allein im Kohlenbergbau beträgt seit Beginn des Jahres 1930 rund 123 000. In den Arbeitsamtsbezirken Gladbeck, Herne, Dortmund und Bochum beträgt der Belegschaftsabbau seit Januar 1930 bis zu 43 Prozent. In der Hütten- und Walzwerksindustrie ist die Entwicklung ähnlich. Im April 1931 waren noch rund 66 Prozent der im Juni 1929 Beschäftigten in Arbeit. In der gleichen Zeit wurde die Produktion noch erheblich eingeschränkt. Die Arbeitstägliche Erzeugung von Roheisen betrug in Rheinland-Westfalen im April nur noch 46 Prozent des Standes von Mitte 1929, die Erzeugung von Rohstahl und Walzwerksprodukten etwa 55 Prozent. Die Erwartungen auf ein Anhalten der im April zu beobachtenden leichten Besserung im Ausfuhrgeschäft sind enttäuscht worden. Auch im Inlandsgeschäft ist der ohnedies schon äusserst geringe Auftragsbestand noch weiter zurückgegangen.

SPD. München, 22.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Verhandlungen zwischen der Bayerischen Volkspartei und dem Reichskanzler Brüning über das Steuervereinheitlichungsgesetz haben bekanntlich zu einem Kompromiss geführt. Die Reichsregierung hat sich damit einverstanden erklärt, dass das Steuervereinheitlichungsgesetz aus dem Rahmen der Notverordnung herausgenommen und der parlamentarischen Behandlung zugeführt wird. Bis zur Erledigung im Reichstag unterlässt das Reichsfinanzministerium die Vorbereitungsarbeiten für die Inkraftsetzung des Steuervereinheitlichungsgesetzes, andererseits ruht auch die Klage, die die bayerische Regierung in dieser Angelegenheit beim Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches eingereicht hat.

SPD. Zürich, 22.Mai (Eig.Drahtb.)

Am 23.Mai findet in Brüssel eine Feier der belgischen Arbeiterpartei aus Anlass des 60.Geburtstages von Camille Huysmans statt, der von 1905 bis 1920 Sekretär der II.Internationale war und gegenwärtig belgischer Kammerabgeordneter ist. Der Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale Friedrich Adler, hat folgendes Telegramm an Huysmans gerichtet:

"Mit tiefer Dankbarkeit gedenken heute alle ihre Freunde in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale ihres Wirkens als internationaler Sekretär, eine Arbeit, die ein volles Viertel ihrer bisherigen Lebenszeit erfüllt hat. Sie haben den Organisationsapparat der Vorkriegsinternationale in unendlichen Mühen aufgebaut; das glänzende Gelingen der Kongresse in Stuttgart, Kopenhagen und Basel war ihr Werk. Sie standen an ihrem Posten im schwersten Augenblick, bei Ausbruch des Krieges, und haben in jener schrecklichen Zeit niemals aufgehört, an der Verwirklichung der internationalen Kampffront des Proletariats zu arbeiten. Dass sie im Geiste dieser internationalen Solidarität, die uns stets verbunden hat, noch lange für die Arbeiterklasse weiter wirken, wünscht ihnen, ihrer Frau und ihren Kindern in alter Freundschaft Friedrich Adler."

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Bestochen und gekauft!

SPD. Die hässliche Rolle, die der ehemalige Reichstagsabgeordnete Davidsohn in dem Korruptionsfeldzug gegen die Sozialdemokratie gespielt hat, dürfte noch in vieler Erinnerung sein. Er war es, der im Jahre 1919 die Skandalhetze gegen die Partei einleitete. Seitdem spielt in allen Verleumdungsprozessen gegen die Hetzer der Rechten Georg Davidsohn die Rolle des Gewohnheitszeugen, auf den sich die angeklagten Verleumder zu berufen pflegen.

Eine besondere Tätigkeit hat Davidsohn eine Zeit lang im Arbeiter-Abstinenteubund entfaltet. Längere Zeit war er Redakteur des Bundesorgans und gehörte dem Bundesvorstand des Arbeiter-Abstinenteubundes an, bis er wegen dauernder Quertreibereien Anfang 1922 seines Postens enthoben wurde. Davidsohn versuchte nunmehr, den Arbeiter-Abstinenteubund zu spalten und zog zu diesem Zweck eine Sonderorganisation, den "Verband sozialistischer Abstinente" auf, der jedoch ein unscheinbares Grüppchen blieb. Immerhin ermöglichte diese Splitterorganisation es Davidsohn, in der Abstinenteubewegung weiter eine Rolle zu spielen und ein eigenes kleines Blatt herauszugeben, worin er den Arbeiter-Abstinenteubund heftig anzugreifen pflegt.

Der Abstinente Davidsohn hat als Spezialgebiet die Korruption der öffentlichen Meinung durch das Braukapital bearbeitet. Im Jahre 1910 schrieb er die Broschüre "Das Braukapital und seine Knappen". Diese Broschüre enthielt Belege dafür, wie die grosse deutsche Presse durch finanzielle Beeinflussung (Inserate usw.) den Interessen des Alkoholkapitals dienstbar gemacht wurde. Weiteres Material veröffentlichte Davidsohn 1926 in einer Broschüre "Die Korruption in Presse und Parlament". Diese Broschüre erschien unter dem Pseudonym "Gustav Dabelstein", dessen Monogramm G.D. mit dem des Autors Georg Davidsohn übereinstimmt. Das in dieser Broschüre verwertete Material stammte offenbar aus Kreisen des Deutschen Brauerbundes; es war klar, dass Davidsohn alias Dabelstein einen Gewährsmann beim Brauerbund selber haben musste.

Die Verlegenheit, in die der Brauerbund durch diese Broschüre geriet, machte sich deren Verfasser nun in höchst merkwürdiger Weise zunutze: Unter dem Datum "Weihnachtsfeiertag 1928" schrieb Davidsohn-Dabelstein an einen gewissen "Herrn Doktor" einen Brief, worin er mitteilte, dass er die Herausgabe einer neuen Broschüre beabsichtige, deren gedruckten Prospekt er beilegte. Diese neue Broschüre sollte den Titel tragen: "Al Smith und Roul Funke" (Rudolf Funke ist der Vorsitzende des Brauerverbandes) und sollte dartun, wie deutsche Unternehmerngelder im amerikanischen Prohibitionswahlkampf zur Unterstützung der "nassen" Kandidaten gearbeitet haben. Es sollte weiter laut Prospekt die Schrift "mit den korrumpierenden Propagandamethoden des Braukapitals abrechnen". Der gedruckte Prospekt sagt:

"Wichtig lässt Dabelstein die Peitsche gegen die in ihrem Schlupfwinkel aufgestöberten Volksverführer niedersausen und sie werden noch mehr winseln als nach seiner ersten Anklageschrift."

Soweit der gedruckte Prospekt. In dem Begleitschreiben führt Davidsohn-Dabelstein aus, dass er in der ersten Broschüre wegen Raummangels gezwungen gewesen sei, "ausserordentlich viel sehr gutes Material unbenutzt zu lassen". Das Erscheinen der Schrift werde eine Sensation sein, "zumal bei den Redakteur- und Schriftstellerorganisationen, die ich rebellisch machen werde."

Davidsohn sorgte nun dafür, dass ein Durchschlag dieses Briefes dem Deutschen Brauerbund in die Hand gespielt wurde.

Der Erfolg blieb nicht aus: der Brauerbund begann mit Davidsohn wegen Nichtherausgabe der Broschüre zu verhandeln, zunächst ohne Erfolg, bis der Chef der Propagandaabteilung, Johannes Gaulke in Person eingriff. Er erreichte, dass gegen ein Honorar von rund 1000 Mark Davidsohn-Dabelstein die Herausgabe der angekündigten Broschüre unterliess. Sie ist in der Tat - trotz des renommtistischen Prospektes - bis heutigentags nicht erschienen! Wahrschein-

lich hat sie nicht einmal existiert. Jedenfalls befand sich in der Druckerei, in der die Broschüre angeblich gedruckt werden sollte, keinerlei Manuskript. Der Brief und der Prospekt hatten allein ihre Wirkung getan!

Dieser Erfolg spornte Davidsohn zu neuen Taten. Anfang 1931 bot sich neue Gelegenheit. Davidsohn selber konnte ja nun nicht mehr gegen den Brauverband schreiben. Aber es fanden sich jetzt einige entlassene Angestellte der Propagandaabteilung des Brauverbandes, die sich anschickten, ihrerseits das von Davidsohn unterdrückte Material zu einer Broschüre gegen den Brauerbund auszuschlachten. Der Brauverband wandte die gleiche Methode an, - er suchte das Nichterscheinen der Broschüre zu erkaufen und - wunderbar genug - zwischen dem Brauverband und seinen ehemaligen Angestellten spielte Davidsohn den Vermittler. Nicht umsonst! Denn ausdrücklich machte Herr Gaulke seinen ehemaligen Untergebenen zur Bedingung, von den an sie gezahlten Geldern an Davidsohn abzugeben! Freilich kam dabei ein so kleiner Betrag heraus, dass Davidsohn über die Knickrigkeit des Brauereiverbandes sich ausserordentlich entrüstet äusserte. Später ist dann sein Anteil erhöht worden.

Auch diesmal war die Broschüre nur zum kleinen Teil gesetzt. Man hatte in weiser Sparsamkeit vorläufig erst die Seiten oder Teile in Satz gegeben, mit denen man den Brauverband einzuschüchtern gedachte. Aber als vorsichtiger Mann verlangte Herr Gaulke vom Brauerbund nunmehr, dass ihm die Bürstenabzüge der gesamten Broschüre ausgehändigt und der Satz in seiner Gegenwart abgelegt würde. Was sollte geschehen? Davidsohn wusste Rat: er empfahl den entlassenen Angestellten, rasch die ganze Broschüre setzen zu lassen, damit man sie dann vor den Augen des Herrn Gaulke wieder ablegen könne. Und pfiffig fügte Davidsohn diesem Rate hinzu, dass man dies ja dem Drucker besonders gut bezahlen könne!

Der Erfolg war jedenfalls der gleiche: auch diese Broschüre erschien nicht und an dem Nichterscheinen verdiente - der grosse Korruptionse enthüller Georg Davidsohn, den bei seinem Treiben offensichtlich der alleinige Zweck leitete, in seiner eigenen Person einen allerdings nicht mehr zu überbietenden Beweis für die Korruptionsmethoden des Braukapitals in Bezug auf die Presse zu liefern.

Dies der Sachverhalt, den wir durch urkundliches Material und Zeugenaussagen jederzeit zu erhärten bereit sind. Wir haben die Sache mit einiger Ausführlichkeit behandelt, weil es sich um einen der schlimmsten Schädlinge der Partei handelt, der - seine frühere Vertrauensstellung als Aushängeschild benutzend - seit Jahren die Partei und ihre Führer mit Korruptionsbeschuldigungen übergiesst und ihren Verleumdern das Material liefert.

SPD. Paris, 22. Mai (Eig. Drahtb.)

Nach amtlichen Feststellungen hat sich die Zahl der Streikenden im nordfranzösischen Textilgebiet am Freitag auf 117 000 erhöht. In Halluin fanden eine kommunistische und eine sozialistische Streikversammlung statt, die ohne jeden Zwischenfall verliefen. Der Arbeitsminister hat am Freitag-Nachmittag um fünf Uhr die Vertreter des Textilkonsortiums und der Gewerkschaften zu einer Rücksprache über die Lösung des Konflikts empfangen. Ueber das Ergebnis der Verhandlung ist noch nichts bekannt geworden.

SPD. Paris, 22. Mai (Eig. Drahtb.)

Vom 24. bis 27. Mai findet in Tours der diesjährige Landeskongress der französischen sozialistischen Partei statt. Auf der Tagesordnung des Kongresses stehen die Beratung der verschiedenen Berichte über die Tätigkeit des Sekretariats und die finanzielle Lage der Partei, das Parteiorgan der "Populaire", ferner die Frage der Organisation der sozialistischen Frauen und schliesslich die Probleme der Landesverteidigung und Abrüstung. Besonders der letzte Punkt der Tagesordnung wird zu einer lebhaften Debatte Anlass geben, da innerhalb der Partei verschiedene Auffassungen über diese Frage bestehen.

Aus aller Welt

Der Kirchhof der Ausgestossenen.

SPD. Es ist eine ebenso bekannte wie betrübliche Tatsache, dass im Frühling die Zahl der Selbstmorde beträchtlich zunimmt. Die Jahreszeit der Hoffnung lässt depressiven Naturen das eigene Unglück und die eigene Enttäuschung besonders gross erscheinen.

Weit draussen vor den Toren Berlins, in der Tiefe des Grunewalds, unweit der Havel, liegt ein Platz von erschütternder Trostlosigkeit. Innerhalb des Walles einer nicht eben sehr grossen Mauer bietet sich ein Bild des Jammers. Hügel und Nummern sind die Symbole grösster menschlicher Tragödien...

Und die Hügel sind Gräber.

Und die Nummern bedeuten Namen.

Aber es ist niemand da, der die Gräber pflegt. Aber es ist kaum noch jemand da, der die Namen kennt. Kaum noch jemand, der die Toten beweint. Denn diese Toten gingen ihren letzten Weg freiwillig; manchen zog man aus dem Flusse, doch niemand fand sich, der wusste, wer's war. Niemand, der den Verlust spürte.

Hier ruhen einige russische Kriegsgefangene, hier ruhen einige bei der Jagd oder sonstwie Verunglückte, hier ruht auch "Wilhelm Hintze, kgl. Schlossverwalter a.D. - ein treuer Diener der Hohenzollern" (dies die Grabsteinschrift) - aber vor allem ruhen hier Namenlose, Namenlose, Namenlose. Schon im Leben spielten sie keine grosse Rolle. Jetzt sind sie bloss noch Nummern. Nichts als Nummern.

Draussen streicht lärmend das Leben durch den frühlingjungen Grunewald, draussen suchen die Städter Freude und Erholung, über die Havel schweben weisse Segel, gleiten zahllose Kähne. Aber der Kirchhof der Selbstmörder ist, so paradox es klingt, in dieser bunten Umgebung in der Fremde.

In der Fremde - es ist auch dies symbolisch. Kreise schliessen sich, Schicksalstragödien vollenden sich. Denn die, die hier begraben wurden, ohne Musik und ohne bürgerliche Zeremonien, sie waren ohnedies in dieser Welt, die sich ihnen nur hart und feindlich zeigte, fremd. Gründe für den Freitod gibt es tausend und meistens ist es doch nur der eine: entsetzliche Verlassenheit, furchtbare Einsamkeit, dieses Leben ohne Trost und ohne Hoffnung.

Viele trieb der Hunger, die wirtschaftliche Not in den Tod. Auch wenn der Name dieser eher heroischen als feigen Wanderer ins Nichts längst vergessen ist, so bleibt er dennoch eine Anklage gegen ein System, das dieses Ende zuließ: der Freitod ist die grösste Schande des kapitalistischen Zeitalters.

Aber zu dem Hunger kam meist noch ein zweites Motiv, das bei vielen das alleinige gewesen sein mag, hinzu: dieses Gefühl: niemand ist für Dich da, der für Dich sorgen möchte, selbst wenn er es könnte; niemand, der Dir hilft, niemand der um Dich weint.

Allein zu sein - das ist das Schlimmste.

Niemanden allein zu lassen - das ist die Forderung.

Die kleinen, zum Teil verfallenen und fast durchweg ungepflegten Hügel des Selbstmörderfriedhofs vom Grunewald sind daher noch mehr als eine Anklage gegen ein änderndes Wirtschaftssystem. Sie sind vielmehr auch eine Mahnung zur tätigen Hilfe. Sozialismus ist Gerechtigkeit, ist Hilfe. Aber er verlangt Gerechtigkeit und Hilfe für alle Unterdrückten der Erde nicht nur durch ein

besseres Gesellschaftssystem, sondern verlangt Hilfe auch für den Einzelnen durch den Einzelnen.

Es ist Frühling, und tausend und hunderttausend ziehen fröhlich draussen vorbei. Sie alle sollten ihre Fröhlichkeit ein wenig dämmen. Denn immerhin gehen sie an einem Schlachtfeld vorüber, am Schlachtfeld der Namenlosen. Und wissen wir, wie viel noch in der Dauerschlacht dieser antihumanen Epoche, ausgehungert oder seelisch verstümmelt, fallen werden?

Singend ziehen sie draussen vorbei.

Und morgen fehlt vielleicht wieder einer aus ihrer Mitte.

Ego.

+ + +

Der Stuttgarter Autoskandal. Das Verfahren gegen den flüchtigen Geschäftsführer der Deutschen Autoversicherung, Dr. Otto Rau alias Ritzau, der vor einigen Tagen in Murnau verhaftet werden konnte, ist durch eine Anzeige des Konkursverwalters Rechtsanwalt Mainzer in Stuttgart in Gang gebracht worden. Weitere Nachforschungen führten zu dem überraschenden Ergebnis, dass der Vorgänger Rau's in der Geschäftsleitung der Deutschen Autoversicherung, der angeblich Paul Brenken hiess, ein Bruder des Rau ist, in Wirklichkeit also Paul Ritzau heisst und mit seinem Bruder auch an dem in München im Jahre 1925 durch Otto Ritzau's Schuld zusammengebrochenen Versicherungsunternehmen beteiligt war. Beide Brüder haben aufgrund der hohen Bezahlung, die sie sich vertraglich zu sicher gewusst haben - zwei resp. ein Prozent Provision vom Umsatz, der 15 bis 16 Millionen Mark betrug, neben dem Gehalt von 48 000 Mark - auf sehr grossem Fuss gelebt. Otto Ritzau besass in Murnau eine geradezu fürstlich eingerichtete Villa nebst Landsitz, ausserdem hatte er in Stuttgart in der Blücherstrasse eine Wohnung, die auf Kosten der Gesellschaft ausgebaut und eingerichtet war. Paul Ritzau, der bei seinem Ausscheiden aus dem Amt des Geschäftsführers im Jahre 1929 eine Abfindung von 140 000 Mark erhielt, besass in Kortal bei Stuttgart ein grosses Landgut, das auf den Namen seiner Frau eingetragen war. Beide Brüder sind mehrfach unter falschem Namen aufgetreten, waren auch polizeilich nicht angemeldet und man wusste nie, wo sie eigentlich wohnten. Ein weiterer Direktor namens Bartens war durch Vertrag von der Mitwirkung an allen kommerziellen Vorgängen ausdrücklich ausgeschlossen. Hierdurch und durch das sichere Auftreten der beiden Brüder war es wohl möglich, dass die Verhältnisse bis zum Zusammenbruch der Gesellschaft von dritten nicht durchschaut worden sind. Durch verschiedene Transaktionen, die noch nicht ganz geklärt sind, haben schweizerische Gesellschaften Besitzansprüche auf das von beiden Brüdern erworbene Vermögen, sodass noch unsicher ist, ob und in welchem Umfang es zur Konkursmasse herangezogen werden kann. Paul Ritzau's Aufenthalt ist zurzeit noch unbekannt. Es heisst, dass er sich in Amerika befindet. Die Untersuchung erstreckt sich auch auf die Zeit seiner Geschäftsführung, und es wird auch die Frage geprüft, ob der Aufsichtsrat, dem angesehenen Persönlichkeiten angehören, sich den Brüdern Ritzau gegenüber eine Pflichtversäumnis hat zuschulden kommen lassen.

+ + +

Zerschmettert. Während eines Orkans stürzte an der Meeresküste in der Nähe von Toulon ein älterer Mann von einem 300 Meter hohen Felsvorsprung aus in die Tiefe und blieb zerschmettert unten liegen. Vor Schreck wurde ein Bekannter, der ihn begleitete, wahnsinnig.

+ + +

Mord und Selbstmord. Eine Einwohnerin von Lyon vergiftete ihren Mann mit Cyankali. Als sie ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert wurde, nahm sie gleichfalls von dem Gift; auch hier war die Wirkung tödlich.

+ + +

Explosionskatastrophe. Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich in der belgischen Cockerill-Waffenfabrik in Lüttich. 15 Personen wurden verletzt, grosse Teile des Werkes zerstört.

+ + +

Die Zensurkomödie. Ueber die Streiche der Berliner Filmzensur kann man nur noch unter dem Motto "Rin in de Kartoffeln, raus aus de Kartoffeln" berichten. Den aussergewöhnlich feinsinnigen und auf höchst künstlerische Art heiteren französischen René Clair-Film "Die Million" hat der Völger=Ausschuss als künstlerisch wertvoll und damit als steuerlich bevorzugt anerkannt, derselbe Ausschuss, der vor etwa zwei Wochen eine gegenteilige Entscheidung fällte: angeblich, weil die Vorführungsapparatur schlecht war. Weiter ist jetzt auch der Film "Kinder vor Gericht", der in sachlicher Weise das Thema des Frenzel-Prozesses behandelt, von der Filmprüfstelle erlaubt worden. Nur eine einzige kleine Stelle brauchte geändert zu werden!

+ + +
Ermordung eines Redakteurs. In Los Angeles wurde der Redakteur einer Wochenchrift, Samuel Spencer, von einem unbekanntem Täter erschossen. Das Motiv der Tat ist klar: Spencer hatte die Absicht, in einer Artikelserie über die Verbrecherwelt von Los Angeles Enthüllungen über einige Hollywooder Erpresser zu bringen.

+ + +
Nacktkultur im Nachthemd. Auf dem Kongress italienischer Nacktkulturjungen in Torrazzo bei Mailand verbot die Behörde das Auftreten im Adamskostüm. Die Teilnehmer behelfen sich, indem sie in langen Nachthemden erschienen.

+ + +
Wer will hundert Millionen? Eine Erbschaft von fünf Millionen Pfund Sterling oder 100 Millionen Mark nach deutschem Gelde ist fällig, ohne dass sich bisher rechtmässige Erben gefunden haben. Es handelt sich um die Hinterlassenschaft des 1850 aus Ungarn ausgewanderten Oberstleutnants Gaspar Horvath, der in Australien eine Handelsgesellschaft begründete. Auch der Sohn des Multimillionärs ist inzwischen verstorben. Finden sich keine Erben, so fällt das Rentenvermögen im Jahre 1935 der Stadt Sidney in Australien zu.

+ + +
Unerwünschter Besuch. Neuw Yorker Einwohner haben in einer Eingabe an den Kriegssekretär Hurley gebeten, bei den bevorstehenden Flugzeugmanövern nicht die Stadt überfliegen zu lassen. Sie fürchten in Anbetracht der häufigen Fliegerabstürze Gefahren für die Sicherheit der Strassenpassanten.

+ + +
Heldentat eines Lehrers. Erst nachträglich wird die mutige Tat eines elsässischen Lehrers bekannt, die dieser mit dem Leben bezahlen musste. Am 1. April veranstalteten die Lehrer von Chateau=Renault in der Schule eine kleine Kinovorführung. Der junge Lehrer Gitard, erst 22 Jahre alt, übernahm die Rolle des Operateurs. Plötzlich fingen die Filme auf bisher ungeklärte Weise Feuer. Inmitten des Feuers stand der heldenhafte Lehrer und hielt die brennenden Filme, um zu verhindern, dass das Feuer auf den Schulsaal übergriff, in dem über 200 Kinder dicht gedrängt zusammen sassen. Der Saal konnte ohne Panik schnell geräumt werden. Doch Gitard, schrecklich an Händen, Beinen und im Gesicht verbrannt, musste ins Spital eingeliefert werden, wo er nach drei Tagen unter grossen Schmerzen verstarb.

+ + +
Messerszene im Eden=Prozess. Als am Freitag im Charlottenburger Eden=Prozess die am Dienstag unterbrochene Urteilsverkündung fortgesetzt wurde, sprang plötzlich der verurteilte Berlich, der sich vor drei Tagen durch Einnehmen von Veronaltabletten verhandlungsunfähig gemacht hatte, von der Anklagebank auf, richtete unter dem Rufe "Das ist mein Messer, wehe, wehe" sein Taschenmesser gegen sich und bedrohte dann unter wilden Gesten den Vorsitzenden. Erst nach einem harten Ringkampf gelang es den Geschworenen und den herbeigeeilten Wachtmeistern, den Angeklagten zu überwältigen. Die Urteilsverkündung wurde auf Antrag des Staatsanwalts in seiner Abwesenheit beendet.

Gewerkschaftliche Bündschau ✘

"Zeitnot" und Notzeit.

SPD. Was wird aus der Unterstützung der Wohlfahrtserwerbslosen? Diese Frage muss neuerdings aufgeworfen werden, weil allem Anschein nach die Brauns-Kommission sich um eine Stellungnahme zu der seit Monaten von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie erhobenen Forderung auf Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge herumdrücken will. Auf diese Vermutung wird man förmlich gestossen durch Meldungen aus dem Lager der christlichen Gewerkschaften. Es heisst in diesen Meldungen, die Brauns-Kommission sei in "Zeitnot". Dr. Brauns, der Vorsitzende der Gutachter-Kommission, müsse als Führer der deutschen Delegation der Genfer Arbeitskonferenz spätestens am 28. Mai Berlin verlassen. Auf der andern Seite solle die neue Notverordnung in der Zeit nach dem Leipziger Parteitag der Sozialdemokratie und vor der Reise des Kanzlers nach Chequers erlassen werden. Nun trete aber der Gutachterausschuss erst am 26. Mai wieder zusammen und so bleibe für die Beratungen nur noch eine verhältnismässig kurze Zeit. Da von einzelnen Ministerien auf die Beratungen des Ausschusses ein starker Einfluss genommen worden sei, würden sich die Vorschläge des Ausschusses wohl im Rahmen der Absichten der Reichsregierung, bzw. der zuständigen Ressorts halten.

Diese plötzliche Komplikation der Arbeit des Gutachterausschusses überrascht uns nicht. Die Gutachterkommission war von Anfang an nichts anderes als eine Art Deckung für die Reichsregierung. Wenn jetzt auf einmal für eine gründliche Beratung des Arbeitslosenschutzes, der Hauptaufgabe der Kommission, keine Zeit mehr übrig bleibt - kommt das nur von ungefähr? Wenn jetzt auf einmal die Kommission, statt eigene und bessere Wege zu weisen, nur die Absichten der Reichsregierung, bzw. der zuständigen Ressorts formuliert - ist das wirklich nur ein fataler Zwang, in den man nur durch eine fatale Zeitknappheit hineingeraten ist?

Dass die Gutachterkommission keinen grossen organisatorischen Umbau des Arbeitslosenschutzes vorbereiten sollte, war längst klar. Aber man durfte erwarten, dass sie zu den dringenden Problemen Stellung nehmen würde, und ein solches dringendes Problem ist die Frage der Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge. Soll nun wirklich dieses Problem einfach dadurch "gelöst" werden, dass man die aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuerten Arbeitslosen den Gemeinden auf den Hals schickt? Allem Anschein nach ist an eine solche "Lösung" gedacht. Dass das in der Praxis nur auf eine Schmälerung der Unterstützung hinausläuft, liegt klar zutage; denn die Gemeinden stecken im Dalles und die für sie in Aussicht stehenden Unterstützungssummen reichen nicht aus, da ja die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen, wie die neuen amtlichen Arbeitslosenziffern zeigen, ständig zunimmt. Den Gemeinden bleibt, wenn es so kommt, wie wir befürchten, gar nichts anderes übrig, als durch Einschränkung der Unterstützung sowohl hinsichtlich des Personenkreises wie hinsichtlich der Höhe drakonisch zu sparen. Dass die Krisenunterstützten auf eine viel schlechtere Wohlfahrtsunterstützung herunterrutschen, versteht sich nach den allem Anschein noch bestehenden Plänen beinahe von selbst.

Hals über Kopf soll also jetzt die Gutachterkommission infolge von "Zeitnot" Schluss, d.h. der Regierung den Weg für einen Abbau der Arbeitslosenunterstützung frei machen. Infolge von "Zeitnot"! Dass und wann man nach England gehen will, wusste man schon längst und ebenso, dass und wann die Arbeitskon-

ferenz in Genf stattfindet. Oder glaubt der Kanzler, dass es sich besser reist, wenn die Sanierungsarbeit vorüber ist und die deutschen Arbeitslosen aufstöhnen: "Es ist vollbracht." Der Aufschrei der gequälten Kreatur wird bis nach Chequers dröhnen.

Zeitnot der Arbeitslosenkommission in der Notzeit der Arbeitslosen - es fällt wirklich schwer, keine Satire zu schreiben.

SPD. Hartnäckig behauptet sich das Gerücht, die Regierung beabsichtige, die Arbeitslosenversicherung für Heimarbeiter und Hausgewerbetreibende besonders zu behandeln. Dass mit dieser "besonderen Behandlung" eine weitere Rechtlosmachung der Heimarbeiter verbunden sein wird, steht wohl ausser Frage.

Aus dieser Besorgnis heraus hat die Zentralleitung des Deutschen Bekleidungs-Arbeiter-Verbandes eine Denkschrift an die Reichsregierung gerichtet, in der besonders auf die sozialen und tarifpolitischen Wirkungen hingewiesen wird, die schon die jetzt geltenden einschränkenden Bestimmungen im Gesetz für Arbeitslosenversicherung ausgelöst haben. Allein in der Herrenschneiderei beträgt die Zahl der männlichen Heimarbeiter ein Drittel aller Beschäftigten, in der Herrenkonfektion die Hälfte, in der Uniformlieferungsschneiderei vier Fünftel. Verhältnismässig hoch ist ferner die Zahl der männlichen Heimarbeiter in der Konfektion und in der Mützenbranche. Die weiblichen Heimarbeiter sind vertreten in der Herrenkonfektion mit einem Drittel, in der Arbeiterkonfektion mit einem Viertel, in der Damenkonfektion mit neun Zehnteln und in der gesamten Wäscheindustrie mit mindestens einem Drittel aller Beschäftigten.

Die Heimarbeiter stellen den grössten Prozentsatz der Arbeitlosen, weil naturgemäss die Unternehmer zunächst die Betriebsarbeiter beschäftigen. Anders ist es allerdings, wenn der Unternehmer die Notlage der Heimarbeiter ausnutzt, um sie als Lohndrücker gegenüber der Betriebsarbeiterschaft zu verwenden.

Der Deutsche Bekleidungs-Arbeiter-Verband richtet an die Reichsregierung bestimmte Vorschläge, die im wesentlichen lauten:

Es ist gesetzlich festzulegen, dass an Heimarbeiter und Hausgewerbetreibende auf die einzelne Arbeitskraft nicht mehr Arbeit ausgegeben werden darf, als eine Arbeitskraft im Betrieb in der betriebsüblichen Wochenarbeitszeit herstellt. Für jede in der Heimarbeit tätige Arbeitskraft ist ein Lohn- und Lieferbuch zu führen. Durch Einführung der Beitragspflicht der Unternehmer für nichtsicherstellungspflichtige Heimarbeiter und Hausgewerbetreibende soll der Anreiz genommen werden, dass versicherungsfreie Heimarbeiter den versicherungspflichtigen vorgezogen werden. Gegen eine etwa bestehende Absicht, für die Heimarbeiter die Bestimmungen der Arbeitslosenversicherung weiter zu verschlechtern, wird mit Rücksicht auf die damit verbundene wirtschaftliche und lohnpolitische ungünstige Wirkung aufs schärfste Protest erhoben.

SPD. Die Vorschläge zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung, die Dr. Broecker in der nächsten Nummer der "Arbeit" veröffentlicht, und deren Hauptinhalt wir bereits mitgeteilt haben, werden von dem den christlichen Gewerkschaften nahestehenden Politisch gewerkschaftlichen Zeitungsdienst als "private Arbeit" gekennzeichnet, von der nicht anzunehmen sei, dass die Verbände des ADGB hinter ihr stehen. Von Broeckers Hauptvorschlag, alle Arbeitnehmer bis hinauf zum höchsten Einkommen entsprechend ihrem tatsächlichen Verdienst zum Arbeitslosenbeitrag heranzuziehen, wird im "P.G.Z." behauptet, er stosse auf den Widerstand der Angestelltengewerkschaften aller Richtungen.

Der Politisch gewerkschaftliche Zeitungsdiens befindet sich im Irrtum. Es sind keineswegs alle Angestelltengewerkschaften gegen eine Heranziehung aller Arbeitnehmer zur Finanzierung des Arbeitslosenschutzes. Der AFA-Bund ist

nicht dagegen. Der "P.G.Z." meint, Broeckers Vorschläge seien eine rein private Arbeit, weil sie nicht in die gemeinsame Sozialversicherungseingabe der Gewerkschaften aller Richtungen an das Reichsarbeitsministerium aufgenommen worden seien. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Weil die Christen, obwohl eine gemeinsame Eingabe geplant war, vorher plötzlich eine Sonderdenkschrift in der Arbeitslosenfrage an die Regierung richteten, deshalb können naturgemäss die Arbeitslosenvorschläge der freien Gewerkschaften für eine solche Eingabe nicht mehr in Frage kommen.

So liegen die Dinge. Wenn wir Broeckers Ausführungen als bedeutsame freigewerkschaftliche Vorschläge bezeichneten, so haben wir damit nicht zuviel gesagt.

SPD. Bei den Betriebsratswahlen in der Stadtverwaltung Köln errang der AfA-Bund von 45 Angestelltenräten 27, der G.D.A. 6, der Gedag 5, der D.B.V. 3, der Komba 2, Indifferente 2. Ein schöner Erfolg der freigewerkschaftlich organisierten Angestellten.

SPD. Tagtäglich steht in den nationalsozialistischen Zeitungen, dass sie für gerechten Lohn kämpfen. Dieser Behauptung steht die Tatsache gegenüber, dass an dem früheren nationalsozialistischen Parteiblatt in Koblenz, dem "Nationalblatt" zwölf Buchdrucker um ihren zustehenden Lohn geprellt worden sind. Sie hatten nach der Einstellung des Blattes auf rückständigen Lohn geklagt, wurden jedoch vom Arbeitsgericht Koblenz mit ihrer Klage abgewiesen. In den Verhandlungen stellten sich unglaublich unsaubere geschäftliche Verhältnisse in der früheren Koblenzer Nazizeitung heraus.

Der ursprüngliche Arbeitgeber war die Lohn- und Akzidenzdruckerei in Köln, Filiale Koblenz. Die Maschinen gehörten aber nicht ihr, sondern der "G.m.b.H., Filzengraben 2 bis 4" in Köln, einer nationalsozialistischen Gesellschaft. Diese hatte die Maschinen aber wieder auf zehn Jahre an eine Firma Gremminger verpfändet. Am 14. Dezember 1930 verpachtete der Reichstagsabgeordnete Dr. Ley, ein Mitglied der "G.m.b.H. Filzengraben 2 bis 4" die Druckerei an einen gewissen Wienands in Koblenz. Dieser Vertrag wurde jedoch am 23. Dezember 1930 wieder aufgehoben. Aber Wienands druckte die Zeitung noch bis 31. Dezember 1931. Vom 10. Januar bis 20. April lieferte er nach Köln Matern, die im Kölner Naziblatt für Koblenz gedruckt wurden. Bis zum 9. Februar 1931 wussten die 12 Buchdrucker nicht, dass Wienands Pächter (also verantwortlicher Inhaber der Druckerei) war. Infolgedessen haben sie ihre Klage auch nicht gegen Wienands gerichtet, sondern gegen die "G.m.b.H. Filzengraben 2-4" in Köln.

Mit Recht führte Arbeitersekretär Schettler in der Verhandlung aus, dass die Verpachtung nur zum Schein erfolgt sei. Wienands sei Geschäftsführer des Dr. Ley gewesen. Der Pachtvertrag sei nach § 307 B.G.B. auf eine unmögliche Leistung gerichtet und deshalb nichtig gewesen. Der Beklagten sei bekannt gewesen, dass Wienands 1930 bereits den Offenbarungseid geleistet habe. Trotzdem lehnte das Gericht die Klage der zwölf Buchdrucker gegen die "G.m.b.H. Filzengraben 2 bis 4" ab, weil Wienands der alleinige Arbeitgeber gewesen sei.

Nun können die zwölf Buchdrucker sehen, wann und wo sie ihr Geld herbeikommen. Wienands hat nichts, und die "G.m.b.H. Filzengraben 2 bis 4" in Köln hat es verstanden, sich durch die von ihr herbeigeführten Unklarheit in den geschäftlichen Verhältnissen zu drücken. So sehen die Leute vom "Dritten Reich" aus, die nicht genug über "jüdisch-marxistische Korruption" schreiben können.

Wirtschaft Technik Handel

Ausklang in Genf.

SPD. Die Ratstagung des Völkerbundes und des Europakomitees hat ganz unter dem Zeichen des Zollunionprojektes gestanden. Die Verhandlungsatmosphäre war unerfreulich und gereizt, die Spannungen, die dieses Projekt aussenpolitisch hervorgerufen hat, sind äusserst stark hervorgetreten. Die Hoffnungen der deutschen Politik auf wohlwollende Behandlung des Zollunionsplanes durch England und auf starke Unterstützung seitens Italiens haben sich als trügerisch erwiesen. Auch der österreichische Bundeskanzler hat unter dem Druck der allseitigen Gegnerschaft, des Zusammenbruchs der Oesterreichischen Kreditanstalt nicht gerade übermässige Kampfesfreudigkeit an den Tag gelegt, so dass Deutschland völlig isoliert einen bei dieser Situation völlig hoffnungslosen Kampf um eine Verständigung führen musste.

Wir waren der Meinung, dass eine internationale Verständigung über den Zollunionsplan vielleicht in Form des Einbaus in ein grösseres europäisches handelspolitisches Programm der rein juristischen Austragung des Streitfalles unbedingt vorzuziehen sei.

Die wirtschaftlichen Verflechtungen und Abhängigkeiten der einzelnen europäischen Volkswirtschaften sind so gross und so intensiv, dass grössere Umformungen nur im internationalen Einvernehmen und unter Rücksichtnahme der wichtigsten Interessen anderer Länder erfolgen können. Trotz der kategorischen politischen Ablehnung durch Frankreich und die Tschechoslowakei, der wirtschaftlichen Widerstände und der Verstimmung des Auslandes über die Form der Angelegenheit hofften wir, dass sich doch vielleicht in der wirtschaftlichen Aussprache eine Verständigung über die engere Ausgestaltung der deutsch-österreichischen Wirtschaftsbeziehungen würde anbahnen können.

Das ist nicht der Fall gewesen. Der Völkerbundsrat hat mit Zustimmung von Curtius und Schober die Angelegenheit zur Entscheidung über die Rechtsfrage, ob der Plan die Verpflichtungen verletzt, die Oesterreich hinsichtlich der Aufrechterhaltung seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit in internationalen Verträgen übernommen hat, an das Haager Schiedsgericht verwiesen. Der Haager Gerichtshof wird im September hierüber beraten und sein Rechtsgutachten abgeben.

Unter dem Schatten der Zollunionsdebatte haben die übrigen Verhandlungen wenig greifbare Resultate in der Richtung der Linderung der europäischen Wirtschaftsnot gebracht. Der "Gegenplan", der von Frankreich vorgelegt wurde, ist auf viel zu lange Sicht abgestellt. Das Kernstück ist die Empfehlung auf Bildung umfassender internationaler Industriekartelle, die unter Einsetzung politischen Einflusses und unter staatlicher Kontrolle für Kohle, chemische Produkte, Textilien, Automobile, Holzerzeugung, Elektromaterial etc. geschaffen werden sollen. Diese Organisationen sollen international die Produktion und den Absatz von Industriewaren regeln, sollen Einfuhrkontingente festsetzen und schliesslich eine Aufhebung der Zolltarife ermöglichen. Dieser Plan, der der französischen Sicherungsansicht entspringt, enthält die richtige Grundidee einer Organisierung der Produktion im internationalen Rahmen. Es ist aber sehr problematisch, ob derartige Privatmonopole wirklich zur Niederwerfung der Zollschranken führen und ob eine die Verbraucherschaft ausreichend schützende staatliche und internationale Kontrolle wird durchsetzbar sein. Derartige grosse internationale Wirtschaftsverständigungen werden sich ferner nur allmählich

anbahnen können.

Im übrigen ist es zu einem sofortigen Ergebnis nur hinsichtlich des Agrarkredites gekommen. Die Gründung der Internationalen Agrarkreditbank ist grundsätzlich von allen Ländern genehmigt und verabschiedet worden. Die einzelnen Staaten werden bis zum 15. August formell den Beitritt vollziehen.

Die übrigen dringlichen Fragen der Getreidevorzugszölle, des Zollabbaus, der engeren Zusammenfassung der europäischen Wirtschaftskräfte, des besonderen österreichischen Problems, die Frage des internationalen Kapitalausgleichs und endlich das Arbeitslosenproblem sind nur mehr oder weniger gestreift worden. Es ist hier zu keinerlei Entscheidung, sondern nur zu allgemein gehaltenen Empfehlungen gekommen; es sind Ausschüsse eingesetzt worden, die in den Monaten Juni und Juli zu neuen Wirtschaftskonferenzen zusammentreten werden. Von Italien, offenbar inspiriert durch England, war der Antrag ausgegangen, den Versuch zu machen, den im März gescheiterten Zollwaffenstillstand doch noch zustande zu bringen. Das Europakomitee empfiehlt zu diesem Zwecke die baldige Einberufung einer Konferenz und ferner die beschleunigte Durchführung der von England eingeleiteten Verhandlungen über Zollermässigungen der kontinentalen Länder auf den für England wichtigsten Gebieten (Textilien, Maschinen etc.) Eine besondere Kommission soll die Möglichkeiten zur Erleichterung internationaler Anleihen in Verbindung mit den wichtigsten Kapitalmärkten prüfen. In dem Briand'schen Gegenplan war zum Ausdruck gebracht worden, dass die französische Regierung alles daransetzen will, um den internationalen Kapitalausgleich zu verbessern. Es wäre für die gesamte europäische Wirtschaft, insbesondere aber für die kapitalbedürftigen Länder, von grösster Wichtigkeit, wenn hier die französische Regierung sich nicht blos mit Proklamationen begnügt, sondern wirklich auch tatkräftig eingreift, um den grossen französischen Kapitalüberfluss für Arbeitsbeschaffungs- und Investitionsanleihen nutzbar zu machen.

In der sehr umstrittenen Frage der Präferenzzölle hat die Mehrheit die Auffassung vertreten, dass Getreidevorzugszölle nur unter ganz besonderen Umständen und nur als zeitlich beschränkte Ausnahmemaassnahmen gewährt werden sollen. Auch noch gegen diese Beschränkung des Präferenzgedankens haben die Vertreter Englands und der nordischen Staaten die stärksten Bedenken geäussert. Die Regelung der Präferenzzölle wie überhaupt der grössere Fragenkreis einer besseren Organisation des Warenaustauschs und der Warenproduktion sollen in einem aus Vertretungen von 10 Ländern gebildeten Ausschuss behandelt werden, in dem auch handelspolitische Sonderregelungen und Erleichterungen für den österreichischen Warenexport, wie sie in Frankreich als Gegenprojekt gegen die Zollunion vorgeschlagen wurden, zur Sprache kommen sollte. Das Kontrollkomitee für die österreichische internationale Anleihe hat übrigens für den neuen Kredit über 150 Mill. Schilling zur Sanierung der österreichischen Kreditanstalt seine Zustimmung erteilt. Eine besondere Kommission wird in Verbindung mit dem Internationalen Arbeitsamt die Fragen der Arbeitslosigkeit, der Arbeitsbeschaffung und der Arbeitszeitverkürzung behandeln - hoffentlich mit der hier gebotenen Dringlichkeit.

Der Vertreter Sowjet-Russlands, Litwinow, brachte einen wirtschaftlichen Nichtangriffspakt, ein Parallelabkommen zu dem Kellogg-Pakt, in Vorschlag, einen Plan, der grundsätzlich zu billigen ist. Dass dieser Vorschlag ausgerechnet von Sowjetrussland ausging, erklärt sich wohl aus dem innerpolitischen Propagandabedürfnis der Sowjets, aber auch aus gewissen Befürchtungen, die die Sowjets hinsichtlich einer internationalen Aktion gegen das Russendumping hegen. Die Russen sind aber heute mehr denn je zur Durchführung ihres Industrialisierungsplans auf die Kapital- und auf die Produktionsmittellieferungen und die Kredite der kapitalistischen Welt angewiesen. Die stille Hoffnung geht wohl dahin, bei der Gelegenheit eines derartigen wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes Zugeständnisse in der Richtung des Verzichtes auf weiteren Schleuderelexport zu machen, dafür aber eine Antisowjetfront zu verhindern und zugleich verstärkte Kapital- und Kredithilfe zu erreichen. Der Sowjetvorschlag wurde auf Antrag

des deutschen Aussenministers auf die Tagesordnung der nächsten Session gesetzt. Wenn auch die letzten Genfer Tagungen für Deutschland zum Teil als Auswirkung politischer Fehler wenig erfreulich verlaufen sind und die positiven Ergebnisse auf wirtschafts- und handelspolitischem Gebiete noch dürftig sind, so bleibt wenigstens zu hoffen, dass das grosse Programm, das man sich in Genf für die nächsten Monate gestellt hat, endlich zu gesamteuropäischen wirtschaftlichen Aktionen führt, die geeignet sind, die furchtbare europäische Wirtschaftskrise zu mildern und die Wiedereinrichtung der Millionenheere der Arbeitslosen zu erleichtern.

SPD. Die Deutsche Erdöl A.G. (Dea), die in der rheinisch-westfälischen Steinkohle, in der Braunkohle, in der Kohlenoelgewinnung und, durch die Deutsche Petroleum A.G., auch in der deutschen Erdölproduktion tätig ist, stellt in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1930 den Krisenverlauf so dar, als ob er allein durch hohe Löhne begründet sei. Eine Widerlegung dieser völlig abwegigen Auffassung erübrigt sich. Es ist ganz selbstverständlich, dass ein Unternehmen wie das der Dea von der Krise betroffen wird. Trotzdem kann das Geschäftsergebnis mit über 16,35 Millionen Mark angegeben werden, was gegenüber dem Vorjahrsertragnis (21,47 Millionen Mark) keine besonders weitgehende Reduzierung darstellt. Die Dividende wird von 7 auf 5 Prozent herabgesetzt.

Wie die einzelnen Unternehmen der Dea an dem Ertragnis beteiligt sind, geht aus der Bilanz, die äusserst undurchsichtig ist, nicht hervor. Bemerkenswert wird, dass die Petroleuminteressen (Depag), die unter dem Freiskampf auf den Oelmärkten litten, in ihrem Ertragnis hinter dem des Jahres 1929 zurückblieben. Auch die Beteiligung an der Olex (Betriebsgesellschaft für Benzin usw.) blieb ohne Gewinn.

Die starke Krise im Steinkohlenbergbau kommt darin zum Ausdruck, dass die Förderung auf Zeche "Königsgrube" von 608 000 Tonnen im Jahre 1929 um 20 Prozent sank. In der Braunkohlenförderung ist sogar ein Rückgang um 21 Prozent festzustellen. Die schlechtere Lage in der Braunkohle führte zur Ausserbetriebsetzung der Fabrik "Mariengrube", der Grube und Fabrik "Braunsdorf" und der Grube "Altenburger Kohlenwerke". Die Mineralölwerke Rositz wurden gegen Ende des Jahres 1930 teilweise stillgelegt, nachdem man daran gegangen ist, deutsche Rohöle zu verarbeiten, was aber durch die hohen Eisenbahnfrachten und durch die Mineralölausgleichsteuer erschwert wurde.

Für die technische Atempause ist die Bemerkung im Geschäftsbericht wichtig, dass man bei Abwicklung des Neuprogramms sämtliche Anschaffungen, die eine Steigerung der Leistung zum Ziel hatten, zurückstellte. Es gelangten nur solche Arbeiten zur Durchführung, die einer weiteren Verbilligung der Kohlengestehungskosten dienten.

SPD. Der Berliner Elektrizitätskonzern Julius Pintsch zahlt für 1930 eine Dividende von 10 Prozent gegenüber 12 Prozent im Vorjahre. Das Geschäftsjahr 1930 wurde bei Pintsch durch einen grösseren Auslandsauftrag für Seezeichen günstig beeinflusst.

SPD. Der Lokomotivkonzern Orenstein und Koppel weist einen Reingewinn für 1930 in Höhe von 180 000 Mark aus gegenüber 2,24 Millionen Mark im Vorjahr. Die Dividende fällt aus. Der Umsatzrückgang beträgt etwa 10 Prozent.

Provinzmühlen suchen Roggen.

(Berliner Getreidebörse vom 22.Mai)

SPD. An der Berliner Produktenbörse war die Stimmung am Freitag für Roggen fest, für Weizen dagegen schwach. Nach dem äusserst knappen Angebot an promptem Roggen bestand gute Nachfrage, besonders seitens der Mühlen in der Provinz, sodass die Lokopreise um 1 bis 2 Mark anziehen konnten. Auch am Markte der Zeitgeschäfte waren Preisgewinne zu verzeichnen. Im Gegensatz hierzu verlor Weizen im Zeithandel ca 1 bis 1 1/2 Mark. Auch im Lokogeschäft war die Tendenz lustlos. Trotz geringen Angebots zeigte sich keine Kauflust; nur wenig Umsätze kamen zustande. Die Preise waren hier wenig verändert: Mehl hatte bei gleichbleibenden Forderungen der Mühlen sehr stillen Markt. Hafer lag auf Dekungskäufe hin etwas fester. Man hält die letzten Preisrückgänge für übertrieben.

	21.Mai	22.Mai
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	286 - 288	-
Roggen	199 - 201	201 - 203
Braugerste	-	-
Futter- und Industriergerste	227 - 242	227 - 242
Hafer	193 - 196	195 - 198
Weizenmehl	33,25-38,90	33,25-38,75
Roggenmehl	26,50-28,50	26,75-28,50
Weizenkleie	15,00-15,25	15,00-15,25
Roggenkleie	14,50-14,75	14,50-14,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 288-286 (Vortag 289½), Juli 294-293 (295), September 247½ und Geld (248). Roggen Mai 207½-208½ (Vortag 206½), Juli 201-202 (201), September 190 und Geld (190). Hafer Mai 203½ (Vortag=), Juli 207½-207 Brief (206½), September 177½ und Brief (177).

Berliner Viehmarkt.

(22.Mai 1931)

SPD. Auf dem Schweinemarkt gab es Preiserhöhungen im Ausmass von ein bis zwei Pfennigen, nachdem allerdings am letzten Markt eine scharfe Preisabwärtsbewegung stattgefunden hatte. Der Auftrieb entsprach nicht ganz der Nachfrage. Die höheren Preise wurden auch nur zögernd bewilligt. Das Geschäft war glatt. Grösser war der Preisaufschlag auf dem Hammelmarkt, was mit darauf zurückzuführen ist, dass der Auslandsexport stärker kaufte. Auf dem Kälbermarkt gab es einen starken Preisabschlag, der zwischen 5 und 7 Pfennigen pro Pfund Lebendgewicht schwankt. Das Geschäft vollzog sich nur langsam. Besser sah es am Rindermarkt aus, wo der Auftrieb der Nachfrage nicht entsprach.

Notierungen: Schweine: Ueber 300 Pfund 44-45 (42-44), 240-300 Pfund 44-45 (42-44), 200-240 Pfund 43-45 (41-44), 160-200 Pfund 41-43 (40-42), 120 bis 160 Pfund 38-40 (35-40), Sauen 39-40 (39). Schafe: a 48-50 (44-45), b: 44-47 (41-43), Kälber: b: 55-63 (62-72), c: 40-53 (45-60), d: 25-36 (30-42), Kühe: a: 32-38 (30-35), b: 26-31 (25-30), c: 22-25 (21-24), d: 18-21 (15-18).

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S P D

Berlin, den 22. Mai 1931

Der entfesselte Berg.^x

SPD. Draussen giesst Regen hernieder, an die Fensterscheiben trommelnd und die menschenleeren Strassen blank peitschend. Hin und wieder flitscht ein verdecktes Auto über den spiegelnden Asphalt...

Da fällt mir ein Erlebnis in den Berner Alpen ein:

Ich hatte mich an der Südwand des "Wetterhorns" verstiegen. Schon ziemlich erschöpft den richtigen Weg suchend wurde ich von einem ungeheuren Unwetter überrascht. Da ich mitten in den Wänden kletterte, hatte ich es nicht herannahe sehen. Der Südhimmel leuchtete noch im warmen Glanz der Mittagssonne, als plötzlich weit über mir Nebelfetzen dicht über den Wetterhorngipfel zogen. Gleich darauf wälzten sich schwere gelb=graue Wolkensäcke heran und verhängten den Himmel im Nu. Dicke Nebelmassen qualmten brodelnd über die Höhen und senkten sich; von allen Seiten huschten graue Schwaden lautlos wie gespenstische Kähne. Kühl und pfeifend fuhren scharfe Windstösse vorbei. Die ersten Tropfen fielen. Vielleicht fünfzig Meter schräg über mir hatte ich eine kleine Höhle im Fels bemerkt; sie wollte ich erreichen. Schon fiel der Regen dichter. Es wurde finster und kalt. Der Nebel hüllte mich minutenlang vollständig ein, stieg dann aber wieder und gab die Sicht frei. Nur ganz langsam ging es aufwärts: der Felsteil, auf dem ich mich befand, erhob sich fast senkrecht; das Gestein war brüchig. Ich musste jeden Griff genau prüfen, bevor ich mich ihm anvertraute. Donner rollte dumpf und dräuend.

Ich hatte ein schmales Grasband erreicht und rastete auf ihm. Von hier an ging es auch weniger steil zu einem "Kamin", an dessen oberem Ende die Höhle lag. Das Nebelmeer war gewichen. Der Regen strömte sturzbachartig. Donnerschlag krachte auf Donnerschlag über den Abgrund, dämonisch in den Bergwänden rollend. Grelle Blitze zackten blendend in den Fels. Das Gestein war schlüpfrig geworden. Fortwährend kollerten Steine herunter. Kleine, trübe Bäche rannen mir über den Körper. Hemd und Hose klebten an der Haut. Die Schuhe glucksten bei jedem Tritt. Mich fröstelte. Auf einmal sprangen vereinzelt Hagelkörner auf, wurden zahlreicher, schlugen auf den Stein, tanzten ihren frostigen Reigen, kreuz und quer, blieben in Felsnischen und auf Grasbüscheln liegen oder hüpfen verwegen in die Tiefe; wuchsen an und verdichteten sich, prasselten an die Wände, wirbelten mit der Wucht der Windstösse durcheinander und ratterten am Fels wie Eisenkugeln: weisse, kalte Geschosse. Obwohl mich der Kamin, den ich mittlerweile erreicht hatte, ziemlich schützte, trafen mich die Schlossen doch und brannten mir ordentlich die Haut auf.

Ich war bis zur Mitte des Kamins hinaufgeklettert, als ich plötzlich einen eiskalten Schlag auf den Kopf erhielt. Im nächsten Moment rann mir Blut über die Augen. Das Bewusstsein drohte mich zu verlassen. Krampfhaft umkrallte ich meine Griffe. Der Kopf brannte irrsinnig. Dann aber riss ich mich zusammen und kletterte weiter. Im Nu war das Eisgeprassel zu einem ohrenbetäubenden Knattern angewachsen, das durch den Widerhall der Wände dröhnend verstärkt wurde und wie ein riesenhaftes Maschinengewehrfeuer in den Felsen knallte. Eine weisse, undurchdringliche Wand. Hühnereigrosse Schlossen klatschten zerberstend auf den Stein. Da traf mich wieder eine auf die Hand, dass sie heftig blutete und sofort anschwell. Kaum noch meiner Sinne mächtig erklimmte ich das letzte Stück und kroch völlig erschöpft in die Höhle: sie ging etwa zwei Meter in den Berg

hinein und war so hoch, dass ich bequem darin sitzen konnte. Der Boden bedeckte weiche Gamslosung.

Zunächst befühlte ich meinen Kopf; eine riesige Beule, die auch ohne Berührung heftig schmerzte, jetzt aber nicht mehr blutete. Auch auf meinem Handrücken hatte sich eine knollige, schmerzhaft Form erhoben. Sonst war ich unverseht geblieben. Nun entnahm ich meinem Rucksack das Wenige, aber Wichtigste, das ich mitgenommen hatte: einen warmen Wollswester, eine zweite Hose, Speck und Brot, und meine Pfeife...

Erwärmt und gesättigt, die treu glimmende Pfeife im Munde, sass ich auf weichem Sitz und lauschte dem Element...

Nach Verlauf einer Stunde nieselte es kaum noch. Die dicke Wolkendecke begann sich zu lösen. Hellere Streifen und Schichten kamen zum Vorschein. Und unvermittelt riss der Himmel auf: kristallklare Bläue, sonnenüberleuchtet, lugte aus dem schneeigen, flaumgeballten Silberglanz der Wolkenränder. Das Tor wurde grösser und weiter, die Wolken verflüchtigten sich, und des Himmels trostblaues Auge schaute auf die still schimmernde Landschaft. Alle Felsen funkelten und glitzerten in tauseligem Jubel. Ein Scheinen und Glänzen überflutete die Perge. In der reinen ozonigen Luft lag nur Erde, Wasser und Sonne. Die Natur atmete auf und reckte sich, wie nach einem erfrischenden Bade. Weit draussen am Horizont ragten die Gipfel der Gebirge fromm gen Himmel.

An Körper und Seele gestärkt, beschloss ich, den Abstieg zu wagen. Allergrösste Vorsicht war jetzt geboten; das Gewitter hatte den Stein ganz aufgeweicht und glitschig-glatt gemacht. Ueberall lagen noch stark zerschmolzene Schlössen umher. Nur sehr langsam kam ich abwärts. Aber es ging. Noch heute weiss ich nicht, wie ich damals die Griffmarkierung fand und ins Tal gelangte. Der Almboden federte weich unter meinen Schritten. Eine Kuh, mitten aus der liegenden Herde nach mir äugend, muhte mich freundlich an und wackelte dazu mit ihrem Kopfe, dass die Leitglocke, die sie um den Hals gebunden hatte, lustig bimmelte. Weit unten, im Walde noch, hörte ich die Glocke in der stillen Bergdämmerung. Es war Abend geworden. Vor dem ersten Bauerngehöft machte ich halt und schaute noch einmal zurück nach den Wänden, denen ich glücklich entronnen war: das Wetterhorn glühte wie ein Feuerberg - wandelte sich in mattes Graublau - leuchtete gold-gelb auf - verlief in milde fleischfarbene Töne - schimmerte purpurn wie eine riesenhafte Wunde - verdüsterte sich violett - und verdämmerte dann in fahles Aschgrau. Schon glitzerten die ersten Sterne.

Harald Spitzer.

Koka. X

SPD. Kaum waren sie auf der Andenhochebene angelangt, als der indianische Führer, von unerklärlicher Angst ergriffen, umkehren wollte. Vergeblich bot ihm Jacinto Vargas die blankste seiner peruanischen Goldmünzen. Der Indianer zeigte nach der Sonne, die sich hinter einer Bergkette zum Untergange neigte. Ueber den Schnee auf den Gipfeln floss wie ein Blutstrom dunkelrotes Licht. Da dem Reisenden ein so deutliches Anzeichen nahen Todes offenbar nicht genügte, griff der Indio in die Satteltasche des Reisenden, holte einige Kokablätter daraus hervor und zerkaut sie. Ungewöhnlich bitterer Geschmack zeigte ihm an, dass es gefährlich sei, weiterzureisen. Ohne ein Wort zu sagen, wandte er die Maultierstute, setzte ihr die Fersen ein und jagte über das weiche Gras der Hochfläche davon. Jacinto Vargas folgte ihm in wütender Eile. Als er ihn erreicht hatte, musste er ihn mit der Peitsche zwingen, umzukehren. Schreckvoll aufstöhnend wies der Indio auf den Mond, der eben aufging. Der Abend kam. An einer verfallenen Hütte am Rande des Gebirges machten sie halt, um zur Ruhe zu gehen. Die öde, eintönige Landschaft des Andenabfalls breitete sich vor ihnen mit ihrem

kargen, gelblichen Pflanzenwuchs aus. In die Höhe flog der Blick zu den Gipfeln hinter denen die letzten Lichter des Tages wie hinter einem dunklen Wall erloschen. Kalter Hauch fuhr von den Schneefeldern herab.

Jacinto Vargas sicherte die Tür der Hütte mit den Zügeln seines Reittieres, wickelte sich in seinen Poncho und streckte sich auf dem Erdboden zum Schlaf aus. Der Indio rückte dicht an sein Maultier heran und kauerte sich neben ihm nieder. Die Wärme des Tieres sollte ihn vor dem Nachtfrost schützen. Achtstündige Tagesreise in den Anden ist ein gutes Mittel gegen Schlaflosigkeit. Auch der hervorragende Tschitschatrank verhalf zum Schlaf.

Als Jacinto Vargas gegen zwei Uhr früh erwachte, zitterte er vor Kälte. Er ermunterte sich und hatte das Gefühl, vom Fieber geschüttelt zu werden. Vergebens rief er nach dem Führer. Einen Indio aus dem Schlafe zu wecken, wenn er starr wie eine Mumie da hockt, ist schwer, sodass sich Jacinto entschloss, die Chininflasche im Dunkeln selbst zu suchen. Dabei schien es ihm als regne es von seiner Hand auf die Erde herab. Karamba! Sein Poncho fühlte sich feucht an. Der Regen war Blut! Er sprang nach der Tür und wollte die Zügel durchschneiden. Die Tür stand halb offen. Wie ein Kinderluftballon, den die Berge hatten aufsteigen lassen, trieb der lichte Mond sacht vor dem Winde dahin. Jacinto Vargas, nun völlig wach geworden, blickte um die Hütte und in die unendliche Weite. Er erschauerte. Der verräterische Indio war mit den Tieren geflohen. Ehe er sich entfernte, hatte er ihm mit seinem Buschmesser leise eine Ader am Arme geöffnet. Der Tschitscha aber, die er ihm Abend gereicht, hatte er zweifellos ein Schlafmittel beigemischt. Jacinto Vargas fühlte, wie ihm plötzlicher Schreck die Kehle zuschnürte. Er war allein am Ende der Welt, in der furchtbaren Einsamkeit dieser Berglandschaft, zwischen den verfallenen, grasbewachsenen Strassen der alten Inkas und der ewigen weisen Feste der Schneeberge. Er war unrettbar verloren! Hier kamen nur selten Menschen vorüber; einen richtigen Weg gibt es nicht, da man die Hochebene aller orten kreuzt, ohne dass die Hufe der Reittiere Spuren hinterlassen.

Da kam ihm ein Gedanke und trieb ihm das Blut ins Gesicht. In der Satteltasche, die der Indio zurückgelassen hatte, steckten Kokablätter. Wenn die Indios mehrere Tage davon leben - warum sollte er es ihnen nicht nachtun? Mehr als einmal hatte er zugesehen, wie sie die Mischung bereiteten: Blätter und ein wenig Kalk. Daran kauten sie stundenlang, ohne auch auf anstrengenden Märschen Nahrung zu sich zu nehmen.

Der Geschmack der Blätter war so bitter, dass er den Brei erst ein paarmal ausspucken musste. Aber er versuchte es immer wieder. Der Branntwein, mit dem er sich den Mund anfeuchtete, schien ihm weniger scharf zu schmecken als sonst. Er legte sich einen Augenblick nieder, den Kopf auf dem Sattel. Glücklicherweise hatte der Indio das Reitzugzeug dagelassen. Die Eingeborenen verschmähen solch Errungenschaften der Kultur; sie reiten auf blankem Tiere, "zu Fell", wie sie es nennen.

Bis hoch zu den Bergen hinauf leuchtete das Gelände in Silberglanze. Selbst die Tunas, die Feigenkaktuspflanzen, hatten an den haarigen Kandelaberarmen einen silbernen Schimmer. Eifrig kauend, spürte Jacinto Vargas, wie ihn ein seltsam süßes Gefühl durchdrang. Das Schweigen, das ihn kurz zuvor erschreckt hatte, wirkte nun beruhigend. In heiterer Klarheit des Geistes erinnerte er sich daran, dass die maultierbespannte Post nicht weit von hier vorüberkommen müsse. Vielleicht würde er zwei oder drei Tage warten müssen. Die Koka würde ihn bei Kräften erhalten. Die Wunde am Arme, die bereits einen schwarzen Schorf aufwies, schmerzte ihn kaum.

Es überraschte ihn nicht, als er sich plötzlich in der Nähe eines Indianerdorfes fühlte. Kenas, indianische Flöten, hallten in dunklem Bergtal. Aus ferner Umschattung drangen ihre reinen Töne an sein Ohr. Es klang wie die Klage des Mondes. Jacinto Vargas schleppte sich nach der Tür der Hütte, um besser hören zu können. Deutlich sah er eine Ljamaherde, knapp fünfzig Schritt entfernt. Es waren zwei- bis dreihundert Tiere - er zählte sie nicht genau,

alle weiss wie Nachtgestirne. Er hätte den Hirten anrufen können, der sicherlich nicht weit davon die Rohrflöte blies. Aber er war zu faul zu sprechen. Lieber trank er schweigend den frischen Hauch, der von den Schneefeldern herabwehte. Bis auf den Gipfel dort kletterten die Ljamas in wiegendem Schritt heran; die Erzlast auf ihrem Rücken schwankte kaum. Vermutlich kamen sie von den Gruben im Gebirge.

Was war das, Karamba? Bis zum Himmel hin sah er nichts als Ljamas. Sie standen ruhig da und blickten zum Firmament empor. Ihr Rücken verschmolz mit der unbestimmten Horizontlinie der Anden. Nun schluckten sie alle Schnee - wie köstlich das war! Noch nie hatte er Ljamas tanzen sehen. Aber da: sie tanzten wirklich zum Liede der Kena; im Takte des Yarawitanzes setzten sie abwechselnd die Vorderfüsse ins weiche Gras. Jacinto Vargas lächelte vergnügt und kroch durch feuchte Stauden ein wenig weiter. Er wollte sich leise den Ljamas nähern und ihr flockiges Vlies streicheln. Verlangen nach tiefstem Frieden floss ihm durch die Adern; den Schweiss auf der Stirn trocknete ein sanfter, kühler Windzug. Er würde noch zwei ganze Nächte hier bleiben können, bis ein Reisender seine Ruhe störte. Er spähte nach dem Schein des aufkommenden Morgens, der über dem Prisma der Firnen die Farbe von Jacintos Pontsoho trug. Als er spürte, dass ein dunkler Vogel über sein Gesicht strich, hob er die zitternde Hand, um den weichen Federschopf auf dem Vogelkopfe zu streicheln. Dazu flüsterte er ein liebkosendes Wort. Aber der Vogel hob die gewaltigen Schwingen. Morgensonne blitzte von seinem Gefieder.

Unbeholfen riss Jacinto Vargas den Schorf ab. Die Wunde sollte besser atmen können! Wie wohl ihm war! Als hätte er nun zwei halbgeöffnete Münder. Er würde gut schlafen mit dem Geschmack der Koka auf den Lippen, während das warme Blut langsam verströmte. Klar vernahm er Schellengeklirr: das war der Maultiertrupp vor dem Postwagen! Aber er wollte sich nicht bemerkbar machen. Er legte die Stirn auf den Sattel, lächelte und verlor das Bewusstsein.

Der Kondor, der schon darauf gewartet hatte, setzte sich ihm auf den Kopf und hackte eine lange Weile in die reglosen, offenen Augen.

Bentura Garcia Calderon (Peru)
(Berechtigte Uebersetzung von G.H.Neuendorff)

Théophraste Renaudot.^x

(Zum dreihundersten Geburtstag der Zeitung.)

SPD. Vor drei Jahrhunderten, am 30. Mai 1631, erschien in Paris die erste Zeitung. Gewiss hatte sie ihre Vorläufer, nicht zuletzt in Deutschland, wo die so genannten "Ordinari-Zeitungen" aus dem Bedürfnis der grossen Handelshäuser, sich systematisch und regelmässig Markt- und andere Berichte zu beschaffen, hervorgegangen waren, aber die "Gazette" bot wirklich, wenn auch in bescheidenem Umfang - Quartformat, erst vier-, dann achtseitig und nur jeden Freitag herauskommend - das, was wir heutzutage eine Zeitung nennen.

Ihr Herausgeber, Théophraste Renaudot, der füglich auf den Ehrentitel des ersten modernen Journalisten Anspruch machen kann, wurde, wahrscheinlich im zweiten Halbjahr 1586, zu Loudun im Poitou geboren. Auf jedem Schönheitswettbewerb wäre er schon am Start ausgeschieden, denn er war ein magerer, knochiger, eckiger Geselle mit Riesenfäusten an langen Gorillaarmen und einer ungewöhnlich plattgedrückten Nase, an der nur zu gern der billige Spott der Zeitgenossen anhakete. Aber er hatte einen offenen Kopf voll gärender Gedanken; vielleicht weil er zu der meist geistig geweckten protestantischen Minderheit des katholischen Landes zählte, hing er fanatisch dem Fortschritt an und strebte nach dem Neuen, nicht weil es das Neue war, sondern um der Menschheit weiterzuhelfen. Der sich schon mit zwanzig Jahren den medizinischen Doktorhut an der Universi-

tät Montpellier geholt hatte, klebte in der Heilkunde nicht an dem überlie= ferten Kram der Quacksalber= und Feldscherzunft; er war, unter allerhand Anfein dungen, einer der ersten, der sich der eben aufkommenden Arzneien aus dem Labora= torium der Chemie bediente. Aber von Anbeginn fasste er auch den ärztlichen Be= ruf als öffentliches Amt auf, das ihn mannigfach verpflichtete. Mit sinnendem Mitleid ruhte sein Auge auf denen, die doppelt unglücklich waren: krank und arm, und bald erkannte er, dass die Massenarmut eines Landes eine organische Krank= heit des Gesellschaftskörpers darstelle. Die grobschlächtige Gesetzgebung je= nes Jahrhunderts ging mit den armen Teufeln, die Wirtschaftsentwicklung und Kriegsflüchte von ihrer Scholle losrissen und auf die Landstrasse warfen, also: enteigneten und proletarisierten, schonungslos um; sie wurden nicht als halbe, sondern als ganze Verbrecher behandelt; noch im Anfang der Regierungszeit Ludwigs XVI. schickte man den, der ohne eigene Schuld, des Unterhalts und der Unterkunft entbehrte, auf die Galeeren. Das war nicht Renaudot's Fall; dem Zeitalter der Sozialpolitik weit voraufeilend, glaubte er, dass Hilfe für den Armen und Kampf gegen die Armut das Richtige sei.

Der Zufall wollte es, dass er 1609 in seiner Heimat die nähere Bekannt= schaft eines jungen Edelmannes namens Armand du Plessis machte, der seit kurzem als Bischof von Luçon wirkte. Als dieser du Plessis, bald Herzog von Richelieu, allmächtiger Staatskanzler Frankreichs war, berief er 1612 Renaudot, dessen "Traktat von den Armen" er wohl kannte, nach Paris und setzte durch, dass sein Günstling den Titel eines königlichen Leibarztes erhielt und zum Generalkommis= sar des Armenwesens ernannt wurde. Aber da Renaudot auf zu starke Widerstände stiess, um seine kühnen Gedanken in die Wirklichkeit zu übertragen, kehrte er zur Ausübung des ärztlichen Berufs in seine Geburtsstadt zurück. Erst 1624 sie= delte er für die Dauer nach Paris über, um 1629 mit königlichem Privileg sein "Adressenbureau" zu eröffnen. Das war in erster Linie eine Stellenvermittlung, wo die nach Paris strömenden Arbeitslosen offene Plätze erfragen und die Unter= nehmer sich nach Arbeitskräften erkundigen konnten; es war das erste Arbeitsamt. Damit nicht zufrieden, richtete Renaudot auch die erste Poliklinik ein, in der die Unbemittelten, ohne zahlen zu müssen, ärztlichen Rat und Heilmittel bekamen ihrer 20 000 genossen zu seinen Lebzeiten diese Wohltat. Endlich schuf er, au= genblicklicher Not augenblicklich zu steuern, das erste Leihhaus, das, ohne die Absicht wucherischen Gewinns, gegen beliebige Pfänder Geld zu ganz mässigen Zinsen auslieh.

Wie über diese Einrichtung hielt Richelieu auch seine schützende Hand über die "Gazette", deren Wert im Kampfe gegen seine äusseren und inneren Feinde er scharfen Blicks erkannte. Die erste Zeitung war derart ein offiziöses Blatt, durch das die Regierung ihr genehme Nachrichten verbreitete; als des Kardinals Pressechef wirkte Peter Josef, die "Graue Eminenz", der oft zu geheimer Zwie= sprache mit Renaudot auf der Redaktion erschien. Aber darüber hinaus sammelte der Herausgeber aus eigenem Nachrichten, die für die Leser anregend und wichtig sein konnten. Die erste Nummer begann mit einer Meldung aus Konstantinopel über den persisch=türkischen Krieg und brachte im übrigen Korrespondenzen "aus aller Welt": aus Rom, Spanien, Portugal, Oberdeutschland, Schlesien, Venedig, den beiden Frankfurt, aus Stettin, Leipzig, Lübeck, Mainz, Niedersachsen, Amsterdam und Antwerpen; Frankreich kam erst von der sechsten Nummer an zu seinem Recht. Als Renaudot am Ende des Jahres 1631 den ersten Jahrgang gesammelt und gebun= den herausgab, verkündete er als seinen journalistischen Grundsatz: Erforschung der Wahrheit, räumte aber bereitwillig ein, dass unter fünfhundert in der Eile geschriebene Notizen die eine oder andere ihre Korrektur durch die Zeit er= fahren könnte. Während der Aufrührbewegung der "Fronde" gegen den unmündigen Ludwig XIV. gab er das nicht minder rühmliche Beispiel, dass er mit der "Gazette" für die nach Saint=Germain geflüchtete Regierung - nach dem Tode Richelieu's war nun der Kardinal Mazarin am Ruder - publizistisch wirkte, während seine Söhne in Paris den "Courrier Français" als Sprachrohr der Gegner der Regierung gründeten.

Gleichwohl war es ein mit Arbeit, Mühsal und Kampf erfülltes Leben, das am 25. Oktober 1653 erlosch; am Freitag darauf brachte die "Gazette" den Nachruf auf ihren Gründer und Herausgeber. Ein allegorischer Kupferstich der Zeit stellte die "Gazette" als Frauengestalt auf dem Richterstuhl dar; die demaskierte Lüge wirft ihr Hassesblicke zu, die Wahrheit sitzt zufrieden ihr zur Seite, und als Gerichtsschreiber zu Füßen dieses Tribunals der öffentlichen Meinung wendet sich Renaudot verächtlich von denen ab, die durch Geld seine Gunst zu erkaufen suchen. Bezahlte Anzeigen hatte er stets von seiner Zeitung ferngehalten und in ein besonderes Blatt verwiesen. Aber wenn sich zwei Jahrhunderte nach Erscheinen der "Gazette" die Pariser Julirevolution an den Pressordonnanz entzündete und das Zeitalter der Pressfreiheit einleitete, so erschien kurz danach mit Girardin's "Presse" jener sich wie eine Pest in allen Ländern verbreitende Zeitungstyp, bei dem der Text nur Anhängsel des Anzeigenteils ist, ein bares Geschäftsunternehmen, das nach Lassalle's brandmarkendem Wort "um schön den Gewinnes willen dem Volke den geistigen Tod täglich aus tausend Röhren kredenzt". Diese üble Entwicklung hatte ein redlicher, stets aufs öffentliche Wohl bedachter Mann wie Théophraste Renaudot nicht voraussehen können.

Hermann Wendel.

Romantisches Paris. x

SPD. Wer reist, will etwas erleben. Will neue Gesichter, andere Horizonte sehen. Aussergewöhnliches durchmachen. Nicht immer im Pullman-Wagen speisen, nicht ständig Gemäldegalerien bewundern, aber, wenn es geht, auch einmal links herum tanzen. Das ist nur zu natürlich. Leider aber, um dieses Wort zu gebrauchen, nicht immer restlos erfüllbar. Die Welt ist unromantisch geworden, oder vielmehr: es fehlt den Zeitgenossen die Nase, diese Romantik aufzuspüren. Die Reisegesellschaften wissen da. Sie zaubern Romantik herbei; sie lassen es sich sogar etwas kosten. In Paris, das alljährlich viele Amerikaner besuchen, um das Gruseln zu erlernen, ist jetzt ein Eckchen des Vorhanges gelüftet worden, der über der modernen Romantik schwebt. Man sagt: ein Skandal! Man schreit: Betrug! Warum eigentlich, lächeln die anderen. Die Welt hat sich seit Jahrtausenden nicht geändert: sie will in süsse Träume gewiegt werden, auch wenn sie nicht auf natürliche Ermüdungszustände zurückzuführen sind.

Stellen Sie sich vor: einen Rundfahrt=Autobus, geladen voll von Amerikanern. Fährt ab vom Eintrachtsplatz, jeden Abend pünktlich um acht Uhr. Ein grosses Plakat hängt an der Seite. Text: Paris bei Nacht! In so und so vielen Sprachen. Der Manager animiert, Einsteigen, meine Damen und Herren! Ein Streifzug durch die Unterwelt von Paris! Nur für starke Nerven! Interessant, pikant, abenteuerlich! - Im Handumdrehen sind die letzten Plätze besetzt. Der Manager gibt das Abfahrtzeichen; der Rundfahrt=Autobus entschwindet in der Nacht. Grosse Boulevards, Elysäische Felder, Grabmal des unbekanntes Soldaten, quer durch das Sündenviertel des Montmartre, dann hinüber auf das andere Ufer der Seine. Rund um den Monge=Platz, eine unheimliche Gegend, die von verwegenen Apachenge=stalten förmlich wimmelt. Plötzlich hält der Wagen. Ein Mädchen, grellfarbenen Schal um den Hals, wird von einem Burschen brutal vor die Räder gestossen. Ein Pfiff. Von allen Seiten tauchen furchterregende Gestalten auf, scharen sich um die Streitenden, lassen aber schön die Fernsicht vom Autobus frei. Die Herrschaften sollen nicht zu kurz kommen. In wenigen Augenblicken ist jenes Schauspiel im Gange, das nur ein Hamburger Zimmermann recht zu würdigen versteht. Auf einmal wieder ein Pfiff. Jemand ruft: Polizei! Die Streitenden lassen von einander ab und sind, wie sie kamen, im Dunkel der Weltstadt untergetaucht. Der Autobus mit den Fremden fährt weiter. "Das ist Paris!" erklärt der Manager strahlend. Und alle glauben es. und alle sind glücklich. Zeugen eines derart

erlesenen Schauspiels gewesen zu sein.

Nur...

...Lassen wir den Vorsitzenden des Pariser Arbeitsgerichtes sprechen!

Präsident: Fräulein Ixo, weshalb verklagen Sie die Reisegesellschaft?

Fräulein Ixo, genannt "Löwin vom Monge=Platz": Ich war von der Reisege= sellschaft engagiert, mich jeden Abend um neun Uhr am Monge=Platz von meinem Freunde zu Boden werfen zu lassen. Das geschah, um die fremden Herrschaften zu amüsieren. Dann entspann sich eine Schlägerei, auch ein Schauspiel für die Fremden im Autobus, Ich bekam zwanzig Franken pro Abend und hatte einen festen Vertrag. Nun hat mich die Reisegesellschaft plötzlich entlassen. Ich habe da= durch eine lohnende Stellung verloren und bitte um Schadenersatz... Und die Löwin vom Monge=Platz bricht in bittere Tränen aus.

Der Vorsitzende des Pariser Arbeitsgerichtes vernimmt den Vertreter der anderen Partei. Gewiss, bestätigt der Manager der Reisegesellschaft, es stimmt alles. Wir haben ein romantisches Schauspiel arrangiert, um unseren Fremden eine Extrafreude zu machen. Das ist so Sitte in Paris. Aber für den kommenden Sommer haben wir ein neues Programm entworfen, und wir können Fräulein Ixo, die übrige= gens ihre Rolle ausgezeichnet gespielt hat, nicht mehr verwenden. Ich bin je= doch beauftragt, einen Vergleich abzuschliessen...

Und so geschieht es. Die Löwin vom Monge=Platz erhält eine Abfindungssum= me und gibt ihre Forderungen auf. Man trennt sich in gutem Einvernehmen, und alles ist in bester Ordnung in dieser besten aller Welten.

Die "Romantik" lebt noch. Kein öffentlicher Skandal hat den Schleier, der über ihr schwebt, vollends hinweggezogen. Und wenn jetzt wieder die Fremden nach Paris kommen und, hungrig nach atembeklemmenden Sensationen, die Rundfahrt= Autobusse besteigen, dann wird es an nichts mehr fehlen. Zwar nicht am Monge= Platze, sondern an anderer Stelle wird man ein "romantisches" Zwischenspiel erleben. Wieder wird der Manager rufen: Das ist Paris! Und wieder wird ein angenehmer Schauer den Abenteuerlustigen über den Rücken laufen. Wer reist, will etwas erleben...

Romantik von Paris...

B.V.

X

SPD. Das Jubiläumsgeschenk. Der Schotte Mackie hatte einen alten Hut. Und einen Diener. An dem Tage, da der Diener fünfzig Jahre bei ihm tätig gewe= sen war, überreichte ihm Mackie ein Jubiläumsgeschenk: Den alten Hut. Der Die= ner liess den Hut auffrischen und setzte den modernisierten Hut auf.

"Was hast du denn da für einen Hut?" fragte ihn Mackie.

"Das ist mein Jubiläumsgeschenk".

"Wie! Das war doch ein alter Koks, den kein Mensch mehr tragen konnte!"

"Oh nein, Herr, ich habe ihn auffrischen lassen, und er sieht wieder ganz gut aus".

"Was hat das Auffrischen gekostet?"

"Einen Schilling, Herr."

"Hier hast du einen Schilling. Gib mir sofort meinen Hut wieder!"

SPD. Deutschland, erwache!X "Bei meiner gestrigen politischen Rede wurde eine Dame ohnmächtig. Ich habe natürlich sofort meine Rede unterbrochen".

"Na, da ist doch die Dame langsam wieder erwacht, nicht wahr?"